

Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Problemgeschichtliche Einleitung

Am 30. Januar siegt mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler der Regierung der „nationalen Revolution“ der Faschismus in Deutschland. Nach der schrittweisen Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie in der Periode der Notverordnungsdictatur der Präsidialkabinette ist der Faschismus das schließliche Ergebnis der Klassenkämpfe der Weimarer Republik.

War die bürgerliche Republik das Werk der Arbeiterbewegung gewesen, so siegt mit der „Machtergreifung“ des Faschismus die Gegenrevolution. Ihre Funktion ist es, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise bedrohte soziale Herrschaft über die gesamte bürgerliche Gesellschaft auszuüben. Im Sinne dieser Funktion ist die Zerschlagung der legalen Organisation der Arbeiterbewegung, zunächst der KPD und ihrer Massenorganisationen, dann auch der reformistischen SPD und der Gewerkschaften, erster und wesentlicher Ausdruck der politischen Herrschaft des Faschismus.

Der Sieg des Faschismus ist zugleich die Niederlage der Arbeiterbewegung, die in der bürgerlich-faschistischen Einheitsfront hervorgerufene Bürgerkriegssituation die Spaltung in zwei sich befehdende Parteien nicht durch die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterklasse überwinden konnte. Die soziale Basis der faschistischen Massenbewegung sind durch die soziale Krise materiell und sozialpsychologisch bedrohte Mittelschichten, die der sozialen und nationalen Demagogie der ‚Nationalsozialisten‘ erliegen, weil die gespaltene Arbeiterbewegung den Angestellten und Beamten, jenem Teil der Mittelschichten, die ebenso wie die Arbeiter vom Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft leben, keine wirksame Verteidigung ihrer sozialen Interessen anbot und keine reale Macht darzustellen schien.

Die protestantischen Kirchen als die Repräsentanten der kirchlich gebundenen Mittelschichten reagierten auf dem Scheitelpunkt der Klassenauseinandersetzung und dem Sieg der Gegenrevolution mit einem Sturm der Begeisterung für die „nationale Erhebung“, kapitulierten vor der Barbarei des Faschismus, der „als Geschenk und Wunder Gottes dankbar begrüßt“ und als „Schöpfungsordnung Gottes“ unter „das Licht der Ewigkeit“ gerückt wurde und so seine religiöse Weihe erhielt. Die Wenigen, die glaubten, sich angesichts des brutalen Terrors gegen die Arbeiterbewegung, den „gottlosen Marxismus“ und die Juden auf eine abwartende, politisch ‚neutrale‘ Stellung zurückziehen zu können, machten sich in den Augen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Protestantismus des Verrats der „nationalen Sache“ schuldig. Das „große Ja“ zum „nationalen Aufbruch“, zur „nationalen Wende“ beherrschte weithin die Szene. Wie zu Beginn des imperialistischen 1. Weltkrieges der „Geist von 1914“, so eroberte im Frühjahr 1933 der „Geist der nationalen Erhebung“ die Kirchen im Sturm. Dieser Tatbestand ist inzwischen in zwei Untersuchungen umfassend belegt worden¹, nachdem er bis zum Beginn der 60er Jahre weitgehend durch die Kirchenkampf-Legenden verdeckt worden war, deren ideologischer Charakter darin liegt, als sei der Kirchenkampf zugleich Kampf gegen den Faschismus gewesen.

Die scheinbar so scharfen Gegensätze zwischen theologisch und politisch liberalen und orthodoxen (deutsch-nationalen) Positionen innerhalb des Protestantismus wurden aufgehoben in der gemeinsamen Zustimmung zum Nationalsozialismus als politischem Herrschaftssystem bei aller partiellen Zurückweisung seines ‚weltanschaulichen‘ Monopolanspruchs. Die bei aller unterschiedlichen Emphase generelle Akklamation des Faschismus, der bereits vor 1933 längst zum innerkirchlichen und innertheologischen Problem geworden war bei den Kirchenwahlen 1932 in der größten deutschen Landeskirche, erzielten die ‚Deutschen Christen‘ ein Drittel der Synodalsitze –, reichte nun nach dem Sieg der Gegenrevolution von der liberalen Position

¹ G. van Norden, Kirche in der Krise. Die Stellung der Evangelischen Kirche zum Nationalsozialistischen Staat im Jahre 1933, Düsseldorf 1963; G. E. Stoll, Die evangelische Zeitschriftenpresse im Jahre 1933, Witten 1963.

Martin Rades, der hier stellvertretend genannt werden soll, da er als Mitbegründer und Herausgeber der *Christlichen Welt* einer der bedeutendsten Vertreter des ‚freien‘ Protestantismus war, über die jungreformatorische Bewegung (Hanns Lilje) und den sich Ende 1933 bildenden Pfarrernotbund (Martin Niemöller) sowie über die deutschnationalen und orthodoxen Vertreter des Protestantismus (Paul Althaus) bis zu den auch theologisch absolut faschistischen Vertretern der „Deutschen Christen“ (Emanuel Hirsch).

Diese Entwicklung konnte nur den überraschen, der die Tatsache übersah, daß Religion, Theologie und Kirche soziale Erscheinungen sind und die protestantischen Kirchen in einem langen Milieuschumpungsprozeß ihr „Kirchenvolk“ vorwiegend nur noch in kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten wußten. Die von den protestantischen Kirchen generell geteilte Blindheit gegenüber dem gesellschaftlichen Charakter von Religion und Kirche erwies sich auf dem Höhepunkt der Klassenauseinandersetzung als schlichte Selbsttäuschung, und die in der Periode der Weimarer Demokratie behauptete politische Neutralität der protestantischen Kirchen enthüllte sich durch die offene Parteinahme für die Gegenrevolution augenfällig als bloße Verhüllungsideologie. Was Ernst Troeltsch nach dem Dresdener Kirchentag 1919 befürchtet hatte, daß nämlich die Kirchen zur „Burg einer Art geistiger Gegenrevolution“ inmitten der von der Arbeiterbewegung geschaffenen bürgerlichen Demokratie würden, war Wirklichkeit geworden und trat jetzt offen zutage. Was sich von den Machtverhältnissen in der antagonistischen Gesellschaft und den daraus entspringenden politisch-sozialen Entwicklungstendenzen so unabhängig dünkte, legte nun selbst die Abhängigkeit der Religion von den gesellschaftlichen Verhältnissen bloß. Wer die vereinzelt politisch-theologischen Versuche, das „Reich Gottes“, in dem Frieden, Gerechtigkeit und Bruderschaft herrsche, durch politisches Handeln der Verwirklichung näher zu bringen, als „Schwärmertum“ verketzert und verfolgt hatte, machte sich nun fertig zum Dienst am Reiche Gottes, das mit der faschistischen Barbarei des „Dritten Reiches“ gekommen sei.

Die Theologen, die bereits 1933 dem Faschismus widerstanden, sind buchstäblich zu zählen. Politischer Widerstand kam zu dieser Zeit auch nicht von den Vertretern der ‚dialektischen Theologie‘ Karl Barths, deren Einfluß nachträglich erheblich überschätzt wird. Man glaubte sich hier mit einer politischen Abseitsstellung begnügen und Theologie weitertreiben zu können, als sei nichts geschehen. Die politische ‚Neutralität‘ dieser Gruppierungen, die in ihrer Mehrheit der SPD nahestanden oder ihr angehörten, wie Karl Barth selbst, ist erst sehr viel später aufgegeben worden.

So blieb der politische Widerstand innerhalb der protestantischen Kirchen auf jene kleinen religiös-sozialistischen Gruppen beschränkt, deren Organisationen nun aufgelöst und deren Organe wie die theoretische *Zeitschrift Für Religion und Sozialismus* sowie das Kampfblatt *Der religiöse Sozialist* verboten wurden. Aber auch der Widerstand dieser Kreise, die sich seit 1926 im „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“ zusammengeschlossen hatten, war nach der Krise, in die der Bund durch den Ausschluß seines Bundesvorsitzenden Erwin Eckert aus der SPD und dessen Übertritt in die KPD im Oktober 1931 gestürzt worden war, gelähmt und hatte die Stoßkraft verloren, die er unter der Leitung Erwin Eckerts im Kampf gegen den Faschismus besessen hatte. Der Bund hatte, obwohl die Mehrheit der religiösen Sozialisten auf dem Unken Flügel der SPD stand, einen offenen Konflikt mit der SPD vermieden und sich mehr oder weniger dem Anpassungskurs des Parteivorstandes unterworfen.

Als Erwin Eckert, der auch nach seinem Eintritt in die KPD seinen christlichen Glauben nicht aufgibt, am 28. Februar 1933 zusammen mit 4.000 kommunistischen Funktionären verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen wird, bleibt das im Rausch des Begeisterungstamels, der durch die deutschen evangelischen Kirchen geht, unbeachtet, auch die religiös-sozialistischen Kampfgefährten von einst, selbst zum Teil von Verfolgungsmaßnahmen bedroht, erreicht diese Nachricht nicht mehr, nachdem Eckert sich 1931 auch vom Bund der religiösen Sozialisten getrennt hat. Die religiösen Sozialisten gingen 1933 wie die Arbeiterbewegung insgesamt kampfflos

unter, und sofern sie im Widerstand gegen das „Dritte Reich“ gestanden haben, waren sie Teil des Arbeiterwiderstandes und hatten mit dem sogenannten ‚Kirchenkampf‘ nichts zu tun. Die ‚Bekennende Kirche‘ lehnte es ohnehin ab, gemeinsam mit religiösen Sozialisten eine Abwehrfront gegen den faschistischen ideologischen Einbruch in die Kirche und gegen die Bedrohung ihres organisatorischen Bestandes aufzurichten, obwohl es die religiösen Sozialisten gewesen waren, die von Anfang an vor dem Faschismus gewarnt und gegen die faschistischen Tendenzen innerhalb der Kirchen gekämpft hatten, als die deutschnationalen Kirchenregierungen, die im ‚Kirchenkampf des ‚Dritten Reiches‘ ihr Rückzugsgefecht anzutreten gezwungen wurden, noch ihre wohlwollende politische ‚Neutralität‘ gegenüber dem Faschismus praktizierten. Als zum Beispiel Günther Dehn, der 1932 von nationalistischen Studenten aus Halle vertriebene Theologieprofessor², der zuletzt nur in einem sehr losen Kontakt mit dem Bund der religiösen Sozialisten gestanden hatte und deren wesentliche Programmpunkte, nämlich das Bekenntnis zum Klassenkampf und zum Marxismus, nicht teilte, in der ‚Kirchenkampfzeit‘ sich als Mitglied der Prüfungskommission der Berliner Kirchlichen Hochschule zu betätigen suchte, wurde dies von dem eher liberalen als orthodoxen Marburger Theologieprofessor von Soden als ‚untragbare politische Belastung‘³ abgelehnt.

Methodische Überlegungen zur Geschichte der religiösen Sozialisten in der Weimarer Republik

Der Zeitraum, in dem eine Bewegung religiöser Sozialisten geschichtliche Bedeutung in Deutschland erlangte, ist relativ kurz und im Wesentlichen, wenn man von personellen Vermittlungen absieht, auf die Periode der Weimarer Republik beschränkt. Anders als etwa in England, das lange vor 1918 und gleichzeitig mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung eine Teilnahme von Christen am Kampf der Arbeiterklasse gekannt hatte, war eine geschichtlich bedeutsame Bewegung religiöser Sozialisten in Deutschland erst nach dem Wegfall des Summepiskopats und der Trennung von ‚Thron und Altar‘ möglich. Wer wie der Pfarrer Christoph Blumhardt sich vorher bereits zur Sozialdemokratie bekannte, schloß sich aus der Kirche aus. Die geschichtliche Wirksamkeit religiöser Sozialisten konnte somit erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, als die Entfremdung zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlich-feudaler Staatskirche bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht hatte. Das Aktionsfeld der religiösen Sozialisten war damit von vornherein auf eine relativ begrenzte Schicht innerhalb des Proletariats beschränkt.

Die Absicht der religiösen Sozialisten, die Kirche mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts und durch die Mobilisierung der arbeitenden Klassen, die nominell immer noch in der Kirche waren und theoretisch folglich ihr Wahlrecht hätten ausüben können, grundlegend zu ändern, war so von Anfang an eine Illusion, die jedoch ihre fruchtbare Funktion hatte, da sie den Widerstand der religiösen Sozialisten gegen die bürgerlich-feudalistische Kirche nährte. Diese langfristige Zielsetzung wurde im Laufe der Auseinandersetzung, nach den ersten Erfahrungen bei Kirchenwahlen, modifiziert. Die religiösen Sozialisten wurden mehr als eine Kirchenkampfpartei mit bloßen Wahlkampfabsichten. Ihre praktisch-politische Tätigkeit verlagerte sich in dem seit 1929 vor sich gehenden Faschisierungsprozeß zunehmend auf den außerparlamentarischen Kampf und erhielt damit eine Bedeutung, die über den Rahmen der innerkirchlichen Auseinandersetzungen hinausragte.

So entsteht im ‚klassischen Land der Ungleichzeitigkeit‘ (Bloch) die merkwürdig verschränkte Situation, daß der Klassenkonflikt innerhalb der protestantischen Kirchen sich zu einem Zeitpunkt zu entfalten beginnt, als die Arbeiterbewegung die Periode der Emanzipation von religiös-kirchlichem Einfluß im Wesentlichen bereits abgeschlossen hatte. Am Klassencharakter der Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche, bei denen die religiösen Sozialisten die

² Ernst Bizer, ‚Der Fall Dehn‘, in: Festschrift für G. Dehn, 1957, S. 239-261.

³ Günther Dehn, Die alte Zeit, die vorherigen Jahre, München 1962, S. 278.

Vertreter des Proletariats sind, kann kein Zweifel bestehen, auch wenn sie in tradierten theologischen Formen bei Austragung von inhaltlich politisch-sozialen Gegensätzen stattfinden. Was während des Bauernkrieges die einzig mögliche Form der Klassenauseinandersetzungen war, nämlich religiöse Verkleidung der Klassenkämpfe, wird in Deutschland durch das bis in 20. Jahrhundert bestehende Staatskirchentum nach der durch die Arbeiterbewegung geschaffenen rechtlichen Befreiung der Kirchen vom Staat zur Anomalie, die das Mißtrauen der existenten Arbeiterbewegung, insbesondere ihrer Freidenkerorganisationen, erregt.

Es wäre jedoch die Pflicht der durch die Schule des von Marx und Engels formulierten historischen Materialismus gegangenen Arbeiterbewegung gewesen, diese widersprüchliche Situation dialektisch aufzuheben, statt der Bewegung der religiösen Sozialisten unbesehen mit dem Vorwurf des „religiösen Revisionismus“ entgegenzutreten. Dieser Vorwurf traf umso weniger zu, als die Ungleichzeitigkeit, daß nämlich die religiösen Sozialisten in der Arbeiterbewegung der Zeit nach ziemlich zuletzt gekommen sind, der Arbeiterbewegung den Vorteil bot, in der aufsteigenden und unverbrauchten Bewegung der religiösen Sozialisten die Chance der Selbsterneuerung zu besitzen. Da für die religiösen Sozialisten „die Aneignung der Methoden der Analyse sozialer Probleme und der Ziele sozialer Bewegungen, wie sie Marx und Engels entwickelt hatten, lebendigstes Problem einer neuen Fragestellung (und also keineswegs bloße Verhüllung einer völlig anderen praktischen Politik), für die sie durch den Wegfall der Thron- und Altar-Ideologie frei geworden waren“⁴, standen sie politisch der marxistischen Linken viel näher als der „Passivitätspolitik und Staatstreue-Ideologie“⁵ des Parteivorstandes. Das Mißtrauen gegen die religiösen Sozialisten konnte gleichwohl erst nach geraumer Zeit, nachdem die religiösen Sozialisten bei Beibehaltung ihrer irritierenden theologischen Irrationalismen den Klassenkampf des Proletariats aktiv mitgetragen hatten, abgebaut, wenn auch nicht völlig beseitigt werden.

Die soziale Zusammensetzung der Kirchenkampfparteien in der Weimarer Republik

Daß es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen religiösen Sozialisten und orthodoxen wie liberalen Kirchenvertretern um Klassenauseinandersetzungen und nicht um theologische Zänkereien gehandelt hat, wird unmittelbar deutlich, wenn die soziale Zusammensetzung der Kirchenkampfparteien festgestellt wird.

Der Klassencharakter der offiziellen Kirchen soll an einigen Beispielen veranschaulicht werden, die in der Zeit von 1928 bis 1931 im Organ des Bundes der religiösen Sozialisten selbst veröffentlicht worden sind. Es ist keineswegs ein Zufall, daß der Abdruck dieses Tatsachenmaterials erst ab 1928 erfolgt. Er zeigt an, daß die Einsicht in die soziologische Gebundenheit der protestantischen Kirchen erst im Laufe der konkreten Auseinandersetzung ins Bewußtsein rückt.

Die Führung der obersten preußischen evangelischen Kirchenbehörde, des Kirchensenats der altpreußischen Union, liegt 1929 in den Händen des deutsch-nationalen Rittergutsbesitzers Winckler. Unter den geistlichen Mitgliedern des Senats sind 16 Generalsuperintendenten und Superintendenten, 2 Konsistorialräte und 5 Oberkirchenratsmitglieder. Außer den geistlichen Mitgliedern sitzen in diesem Senat: Majoratsherr Graf von Seidlitz-Sandrecki, Rittergutsbesitzer von Bernuth, Majoratsherr Graf von Arnim-Boitzenburg, Rittergutsbesitzer von Arnim-Kröchlendorf, Wirklicher Geheimer Rat D. von Berg, Regierungspräsident a. D. von Gersdorff, Regierungspräsident a. D. Dr. Schilling, Geheimer Oberjustizrat und Senatspräsident am Kammergericht Berlin-Lankwitz Dr. Preiser, Justizrat, Rechtsanwalt und Notar Hallersleben, der deutschnationale Oberstudiendirektor Glage, sowie der deutschnationale „Arbeitersekretär“ Hartwig. Stellvertretende Mitglieder des Senats sind der Ritterschaftsdirektor von Alvensleben,

⁴ Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt/Main 1964, S. 63.

⁵ Ebenda, S. 64.

der ehemalige Reichskanzler und Oberpräsident D. Dr. Michaelis, Fabrikant W. Siebel, Ministerialrat Direktor Dr. Conze, der Oberbürgermeister von Görlitz Snay, Generaldirektor von Krosigk, Landrat a. D. von Brockhusen, sowie schließlich der deutschnationale Oberstudiendirektor Schlemmer. Der entscheidende engere Ausschuß des Kirchensenats besteht außer den geistlichen Mitgliedern aus dem Rittergutsbesitzer und Mitglied der DNVP Winckler und den beiden Grafen und Rittergutsbesitzern von Armin-Boitzenburg und von Seidlitz-Sandrecki. Erwin Eckert fügt dieser Meldung den Nachsatz an: „Das ist also die Führung der größten deutschen Volkskirche!!! Und da wundert man sich über die Kirchenfeindschaft des Proletariats, über das ‚Sterben der Kirche‘“⁶. Eckert deckt mit diesem Nachsatz den Tatbestand auf, den die bürgerliche Religionssoziologie umständlich als ‚Säkularisation‘ umschreibt und dessen inhaltliche Brisanz sie mit dem antidemokratischen Hinweis auf die ‚moderne Massendemokratie‘ zuzudecken bemüht ist.

Ist die Landeskirche der altpreußischen Union stärker durch die feudalen Besitzverhältnisse dieses Landes geprägt, so zeigt die soziale Zusammensetzung der evangelisch-lutherischen Landessynode der Pfalz eine stärkere Repräsentanz der Besitz- und Bildungsschichten. Von den sechzig Mitgliedern der pfälzischen Landessynode sind achtzehn Pfarrer, fünf Rittergutsbesitzer, vier Fabrikbesitzer, drei Gutsbesitzer, drei Schuldirektoren, zwei Kantoren, zwei Oberstudiendirektoren, ein Oberstudienrat, zwei Studienräte, zwei Oberkirchenräte, ein Bankdirektor, ein Hofrat, ein Amtshauptmann, ein Ministerialdirektor, ein Oberlandwirtschaftsrat, ein Apotheker, ein Stadtrat, ein Landmesser, ein Schulleiter, ein Finanzamtssekretär, zwei christliche Gewerkschaftssekretäre, ein Verbandsgeschäftsführer, ein Schriftsetzer und eine Frau von Stieglitz. Das Bild der ‚Volkskirche‘ wird noch deutlicher, wenn die vom Kirchenrat berufenen Mitglieder der Landessynode hinzugezählt werden: ein Generalleutnant a. D., ein Geheimer Hofrat, ein Oberlandesgerichtsrat, ein Kreishauptmann i. R., ein Kirchenverwaltungsobersinspektor, ein Fräulein, vier Oberkirchenräte, ein geheimer Kirchenrat, ein Superintendent, ein Oberpfarrer und ein Professor der Theologie. Im Anschluß an diese Aufstellung fragt Eckert die Leser des *Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes*: „Wann werden die Arbeiter diese kapitalistisch-feudale Klassenherrschaft in der Kirche brechen?“⁷

Schließlich sei hier noch die soziale Zusammensetzung des württembergischen Kirchenparlaments angeführt, deren Präsident der ehemalige deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Theophil Wurm ist. Nach dem Stand des Jahres 1931 setzt sich das Kirchenparlament aus folgenden Mitgliedern zusammen: sechszwanzig Theologen, ein Missionar, ein Schulrat, siebzehn höhere und mittlere Beamte, zwei Kirchenmusiker, fünf Handwerker und Kaufleute, ein Fabrikant, ein Apotheker, fünf Landwirte und Großgrundbesitzer, darunter ein Fürst und ein Freiherr, ein Bürgermeister, eine Frau, ein Theologieprofessor, ein Pfarrer, ein Oberlandesgerichtsrat, ein Dekan, ein Staatsrat sowie ein Geschäftsführer des Ev. Volksbundes als stellvertretende Mitglieder. Der Kommentar Eckerts hierzu lautet: „Arbeiter war und ist kein einziger im Kirchenparlament. Auf Arbeiter legt die Kirche des Nazareners also kein Gewicht! Aber auf Fürsten, Freiherren, Fabrikanten und Großgrundbesitzer, Generalstaatsanwälte und andere ‚Mühselige und Beladene‘. Die Arbeiterschaft ist auch hier nur dazu da, Steuern zu bezahlen. Wenn Freidenker den Geist der Kirche kritisch beleuchten wollen, brauchen sie sich bloß auf die Zusammensetzung dieses Kirchenparlaments zu berufen“⁸.

Zusammenfassend urteilt Eckert auf der internationalen Führertagung der religiösen Sozialisten, die Ende 1929 in Köln stattfindet, über den soziologischen Aufbau der Kirche und ihre soziale Tradition, indem er dem „mehr instinktiven Urteil des Proletariats“ zustimmt: „Die Bindung der deutschen Kirchen an die antisozialistische Kampffront ist unbestreitbar. Handgreiflich deutlich wird es für jeden, der die Zusammensetzungen der Regierungen der ev.

⁶ Erwin Eckert, in: *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* (SAV) vom 3. November 1929, 44/1929, S. 326.

⁷ Erwin Eckert, in: *SAV* vom 25. Mai 1930, 21/1930, S. 164.

⁸ Erwin Eckert, in: *SAV* vom 31. Mai 1931, 22/1931, S. 97.

Landeskirchen Deutschlands prüft. Sie ist vorwiegend feudalistisch, gelegentlich gemischt mit einigen Vertretern der Spitzen des liberalen Bürgertums. Das kirchliche ‚Leben‘ ist getragen vom kleinen Bürgertum, zerbrechendem Mittelstand, es fehlen die Besitzenden, die Intellektuellen, die Massen des werktätigen Volkes“⁹.

Was Eckert hier darlegt, ist nicht das Ergebnis theologischer Wissenssoziologie – woher sollte er diese Erkenntnisse vermittelt bekommen haben? –, erst recht nicht das Resultat theologischen Bibelstudiums, sondern das Ergebnis praktischer gesellschaftlicher Tätigkeit und der daraus erwachsenen Erfahrung, angeleitet von der von Marx entwickelten und von Eckert rezipierten Denkmethode. Das Wissen um die gesellschaftliche Gebundenheit der eigenen theologischen und politischen Position geht auch aus der Veröffentlichung der sozialen Zusammensetzung der Teilnehmer und Delegierten an den Kongressen des Bundes der religiösen Sozialisten hervor. So nehmen am 4. Kongress des Bundes 1928 in Mannheim 96 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, 28 Pfarrer und Vikare, 16 Lehrer und Studienräte, acht Studenten, sieben Ärzte, Journalisten und freie Berufe, sechs Beamte sowie sechs sozialistische Abgeordnete teil. Hier von waren 136 eingetragene Mitglieder der SPD, die übrigen sind parteilos. Einer bürgerlichen Partei anzugehören, war nach den Richtlinien des Bundes ohnehin nicht möglich. Dem Bekenntnis nach waren 132 evangelisch, 17 katholisch, 14 konfessionslos und vier israelitisch. An diesem deutlichen Überwiegen der proletarischen Repräsentanz ändert sich nichts, wenn man die soziale Zusammensetzung des 5. Kongresses des Bundes, der 1930 in Stuttgart stattfindet, zum Vergleich heranzieht. An ihm nehmen teil: 74 Arbeiter und Arbeiterinnen, 35 Angestellte, 21 Lehrer, 52 Pfarrer, sechs Beamte, 17 Studenten, sechs Sozialbeamte und sechs Angehörige freier Berufe.

Die organisatorische und programmatische Entwicklung des Bundes der religiösen Sozialisten

Die Anfänge des Bundes der religiösen Sozialisten gehen zurück auf den Ausgang des Weltkrieges. Seit 1919 finden sich überall in Deutschland Menschen zusammen, die zur gleichen Zeit Sozialisten und Christen sein wollen. Ganz unabhängig voneinander sind sie zur gleichen Zeit, fast mit den gleichen Worten und Methoden an die Öffentlichkeit getreten. Die Schwerpunkte dieser Bewegung religiöser Sozialisten, zunächst nur Sache einiger hauptsächlich protestantischer Pfarrer, dann auch eines wachsenden Teils des proletarisch bestimmten ‚Kirchenvolkes‘, sofern es das Gehäuse der Kirche nicht schon längst verlassen hatte, lagen in Baden, Berlin und Thüringen.

Eine erste organisatorische Zusammenfassung der religiösen Sozialisten erfolgt auf einer Tagung in Meersburg vom 1.-4. August 1924, zu der der Pfarrer Erwin Eckert in Meersburg eingeladen hatte. Als Ergebnis der Tagung wird die „Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands“ gegründet. Auf einer Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft am 14. und 15. November 1925 in Berlin wird eine Neuordnung der Arbeitsgemeinschaft vorgenommen. Die Gesamtbewegung wird in vier Kreise eingeteilt, für die jeweils ein Verantwortlicher zuständig ist. Der norddeutsche Kreis umfaßt Berlin, Bremen, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg, Brandenburg, Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover, Schlesien und die Provinz Sachsen. Zuständig ist der Pfarrer Paul Piechowski in Berlin. Der von Pfarrer Emil Fuchs, Eisenach, geführte mitteldeutsche Kreis umfaßt Thüringen, Sachsen, Braunschweig und Hessen-Nassau, der westdeutsche von Pfarrer Fritze, Köln, geleitete Kreis das Rheinland, Westfalen, Waldeck und Lippe-Oldenburg. Schließlich umfaßt der zahlenmäßig stärkste, süddeutsche Kreis Baden, die Pfalz, Württemberg, Bayern, das Saargebiet, Hohenzollern, Hessen und Frankfurt. Dieser wichtigste Kreis wird Erwin Eckert übertragen. Die einzelnen Kreise haben vollständige Selbständigkeit in Verwaltungsangelegenheiten. Der süddeutsche Kreis hat zwar einen zentralen Vorstand, jedoch keine Ortsgruppen mit Beiträgen und Statut, sondern Listen

⁹ Erwin Eckert, Arbeitsmethoden und Taktik der religiösen Sozialisten Deutschlands, in: *SAV* 50/1929, S. 373.

der Vertrauensleute und ein Verzeichnis der Leser des *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*, das seit 1924 von der Arbeitsgemeinschaft herausgegeben wird. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft liegt bei dem Gewerkschaftsbeamten Bernhard Göring in Berlin. Das Ergebnis der Berliner Tagung faßt Eckert nach Abschluß der Tagung im *Sonntagsblatt* zusammen: „Nach außen geschlossene Phalanx, im Innern Lebendigkeit aus der Verschiedenheit der Einzelnen und ihrer Temperamente, das muß das Ziel sein, eine Arbeitsgemeinschaft, die alle religiös-sozialistischen Kräfte zusammenfaßt zum Entscheidungskampf der Zukunft in der Kirche und im Volksleben überhaupt“¹⁰.

Ab 1. Januar 1926 wird Eckert Schriftleiter des ‚*Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes*‘, nachdem er schon vorher maßgeblich an der Schriftleitung beteiligt war. Unter seiner Redaktion verdoppelt sich bis 1928 die Auflage des Blattes, das den Kampf der religiösen Sozialisten gegen den Faschismus im Faschisierungsprozeß ab 1930 bis zu Eckerts Übertritt zur KPD im Oktober 1931 und seinem Ausscheiden aus der Schriftleitung wirksam unterstützt. Auf dem 3. Kongreß der Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten vom 1.-5. August 1926 in Meersburg wird die Arbeitsgemeinschaft in den ‚Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands‘ umgewandelt. Die Träger der Bewegung bleiben die einzelnen Landesverbände, die ihre volle Selbständigkeit behalten. Die Leitung des Bundes wird Erwin Eckert, Emil Fuchs und Bernhard Göring übertragen. Die Zusammensetzung des Vorstandes spiegelt das Stärkeverhältnis der drei größten Landesverbände, Baden, Thüringen und Berlin wider und ist zugleich Ausdruck der verschiedenen Tendenzen innerhalb des Bundes.

Während Eckert die klassenkämpferische Linie vertritt und ihm im programmatischen Klärungsprozeß dank seiner geistig-theoretischen Überlegenheit und seiner praktischen Erfahrung die Rolle des spiritus rector zufällt, nimmt Emil Fuchs, der von der liberal-sozialen Ausgangsposition Friedrich Naumanns zu einem Sozialismus mit stark pazifistischem Einschlag gelangte und den Typ des freischwebenden Intellektuellen repräsentierte, zwischen Erwin Eckert und Bernhard Göring, der durch Mandat und Funktion in der Arbeiterbewegung stärker an die SPD gebunden ist, eine vermittelnde Position ein.

Die Tatsache, daß die Geschäftsstelle des Bundes von Göring zu Eckert nach Meersburg wechselt, deutet bereits den Aufstieg Erwin Eckerts zum maßgeblichen Führer der religiösen Sozialisten an, der sich dank seines organisatorischen Talents, seiner klaren sozialistischen Position und seiner praktischen politischen Tätigkeit, bei der Eckert den von allen Wortführern des Bundes stärksten Eindruck auf die Arbeiterschaft hinterläßt, sich ereignet. Wenn Eckert als der ‚Charismatiker‘ innerhalb der Bewegung der religiösen Sozialisten bezeichnet worden ist, so ist dies irreführend, solange das ‚Charisma‘ Erwin Eckerts zur Frage persönlicher Eigenschaften hingestellt wird.

Auf dem 4. Kongreß des Bundes vom 1.-5. August 1928 in Mannheim Eckert war seit 1927 Stadtpfarrer in Mannheim geworden, die Geschäftsstelle und der Verlag des *Sonntagblattes* waren ebenfalls nach Mannheim übergewechselt, wird die Leitung des Bundes Eckert übertragen, der zugleich die Geschäftsstelle verantwortlich weiterführt. Außer Eckert werden der für die deutsche Entwicklung vergleichsweise einflußlose Vorsitzende der österreichischen religiösen Sozialisten, Otto Bauer, sowie Bernhard Göring in die Leitung berufen. Ein von Eckert verfaßtes Manifest ‚Was wollen die religiösen Sozialisten?‘ aus dem Jahre 1927 wird nach eingehenden Diskussionen noch nicht als verbindliche Programmerkklärung des Bundes angenommen, obwohl Emil Fuchs sie als die beste vorhandene Programmschrift der religiösen Sozialisten bezeichnete.

Die auf der Mannheimer Konferenz angenommenen Richtlinien, die für alle im Bund zusammengefaßten religiösen Sozialisten verbindlich sind, zeigen jedoch, daß sich der überlegene

¹⁰ Erwin Eckert, in: SAV vom 6. Dezember 1925, 48/1925, S. 156.

Einfluß Eckerts, wenn auch zögernd und unter Widerständen, durchzusetzen beginnt. Sie bedeuten eine Absage an einen wie immer gearteten „ethischen Sozialismus“ und ein Bekenntnis zum Klassenkampf. Sie zeigen die Rezeption und Annäherung des marxistischen Denkens:

„1. Die religiösen Sozialisten kämpfen in bewußter Verantwortung vor Gott und den Menschen in und mit dem revolutionären Proletariat für die sozialistische Neuordnung; sie haben erkannt, daß die Religion beim Aufbau der sozialistischen Gemeinschaft eine entscheidende Rolle spielt.

2. Das privatkapitalistische System bedingt den Klassenkampf in der Wirtschaft, im Staate und in allen Beziehungen des gesellschaftlichen Lebens. Die besitzende und darum herrschende Klasse sucht das Bestehende zu sichern, die abhängige und besitzlose Klasse zu unterdrücken und zu ihrem Vorteil auszunutzen. Die unterdrückten Massen aber suchen sich zu befreien und eine bessere Art des Lebens der Menschen untereinander zu erzwingen. Das Proletariat führt diesen Kampf gemäß den Erkenntnissen, die es Karl Marx verdankt. Jede Propaganda gegen diesen Kampf der Arbeiterschaft um die Neugestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ist vom Bund der religiösen Sozialisten aus unmöglich. Das schließt nicht aus, daß die religiösen Sozialisten wie alle anderen Sozialisten die fundamentalen Erkenntnisse der marxistischen Forschungs- und Arbeitsmethode studieren, kritisieren und an ihrer Ergänzung und Vertiefung arbeiten.

3. Die besondere Aufgabe der religiösen Sozialisten ist es, die Kräfte des Evangeliums für das Leben des einzelnen Menschen und für den Aufbau der sozialistischen Gemeinschaft wirksam zu machen. Sie führen darum einen entschlossenen Kampf gegen die antisozialistische Grundhaltung und Agitation der bestehenden Kirchen, der sich christlich nennenden Verbände und Zeitschriften.

4. Die religiösen Sozialisten sind überzeugt, daß der Sieg des Proletariats nicht aufgehalten werden kann, wenn der aus Not und Elend geborene Kampf der Mühseligen und Beladenen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten von der Gewißheit durchdrungen wird: Gott will es, daß wir alle Kräfte einsetzen für die neue, die kommende Ordnung der Gerechtigkeit, des Friedens und der brüderlichen Gemeinschaft.“¹¹

Der 5. Kongreß des Bundes, der vom 1.-5. August 1930 in Stuttgart stattfindet und schon durch die Wahl des Tagungsortes die Bedeutung des süddeutschen Kampfes der religiösen Sozialisten unterstreicht, zeigt Erwin Eckert als den bei weitem anerkanntesten proletarischen Wortführer der religiösen Sozialisten. Eckert wird einstimmig zum 1. Vorsitzenden des Bundes gewählt. 2. Vorsitzender wird Bernhard Göring. Zu Beisitzern werden Otto Bauer, der Mannheimer Studienrat und badische Landesvorsitzende Dr. Dietrich, Dr. Emil Fuchs, der württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Rais sowie der Marburger Professor Georg Wunsch gewählt.

Der Prozeß der programmatischen Klärung innerhalb des Bundes ist so weit abgeschlossen, daß Erwin Eckert in der Eröffnungsrede des Stuttgarter Kongresses unwidersprochen erklären kann: „Unser Kongress ist eine Zusammenkunft von Sozialisten, er hat nichts Gemeinsames mit den sozialreformerischen Tagungen der bürgerlich-christlichen Kreise, etwa dem Evangelisch-Sozialen Kongress oder dem Kirchlich-Sozialen Bund! ... Wir sind wie alle Sozialisten der Meinung, daß diese Nöte und Krisen der Gegenwart nicht durch wohlwollende Reförmchen und idealistische Redensarten einer illusionären Volksgemeinschaft überwunden werden können, sondern allein durch eine radikale Umgestaltung der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne des Sozialismus.“¹²

Die klare politische Sprache, mit der Eckert in der Eröffnungsrede zu aktuellen politischen Problemen Stellung nimmt, weist auf den Klärungsprozeß hin, den er im Laufe seiner politischen und gesellschaftlichen Praxis durchlaufen hat. Besonders augenfällig wird die Konkretisierung,

¹¹ Mannheimer Richtlinien, in: SAV 33/1928, S. 174.

¹² Erwin Eckert, Eröffnungsrede auf dem 5. Kongreß in Stuttgart, in: *Zeitschrift für Religion und Sozialismus* (ZRS), 1930, S. 277 f.

Rationalisierung und Soziologisierung seines sozialistischen Denkens an seiner klarsichtigen Analyse des Faschismus, deren besonderer Wert darin liegt, daß sie noch vor dem sprunghaften Ansteigen der nationalsozialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erfolgte: „Man versucht durch einen vielstimmigen Appell an die Urteilslosen, durch den Appell an den Rasse-Instinkt, den Nationalhaß, an kleinbürgerliche Besitzerfreude und an den Militarismus, die Verärgerten auch in der Arbeiterschaft zu einer Schutztruppe der kapitalistischen Front zu machen, deren imperialistische Gelüste, deren Schrei nach der bürgerlichen Diktatur nur noch mühsam verheimlicht und unterdrückt werden kann. Dieser Gefahr der ideologischen Verseuchung der Harmlosen und Unzuverlässigen auch mit der Phrase von der ‚Rettung des Christentums vor den gottlosen Marxismus‘ entgegenzutreten, ist eines unserer wichtigsten Anliegen. Die Zeichen der Zeit schrecken jeden ehrlichen Christen. Mussolini hat mit dem Papst ein Konkordat geschlossen, in Deutschland preisen sich die Faschisten als die Retter des positiven Christentums an, ... die imperialistische Front der Kapitalisten unter der Führung Englands und Amerikas leitete eine Gebetsaktion gegen Sowjetrußland und zugleich natürlich alles, was sozialistisch ist, ein. Alles Zeichen einer heraufziehenden Gefahr, gegen die es Front zu machen heißt im Namen eines ehrlichen Christentums“.¹³

Vergleicht man von den mannigfachen programmatischen Veröffentlichungen Eckerts allein die drei unter dem Titel „Was wollen die religiösen Sozialisten?“ verfaßten Programmklärungen, das Flugblatt 1926¹⁴, die Broschüre 1927¹⁵, das überarbeitete Flugblatt 1928¹⁶ einerseits und die Kundgebungen des Bundes an seinen Kongressen 1926, 1928 und 1930 andererseits, so wird die Entwicklung deutlich, die Eckert und der Bund unter dem bestimmenden Einfluß von Eckert zurückgelegt hat. Hatte der Bund auf seiner Meersburger Kundgebung noch erklärt: „Wir können nicht anders, wir müssen als religiöse Menschen bei denen stehen, die in der Tiefe ringen, und wir glauben zu wissen, daß der Kampf für die Rechte des arbeitenden Volkes ein Schicksalskampf ist um eine neue Gemeinschaft der Menschen untereinander. Aus diesem Bewußtsein heraus erheben wir lauten Einspruch gegen die ungeheuerlichen Verhältnisse des gegenwärtigen Lebens, in denen das Geld alles und der Mensch nichts bedeutet. Sie sind die Quelle für die großen Übel, an denen unsere Zeit krankt: Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot und damit verbunden in ungeheurem Ausmaß seelische und geistige Verwüstung, körperliches und wirtschaftliches Elend. Allen schwerkgeprüften Brüdern und Schwestern des Proletariats rufen wir zu: Wir fühlen uns verantwortlich und mit Euch verbunden in der Tiefe unseres Gewissens, weil euer Leid unser Leid, eure Sehnsucht unsere Sehnsucht ist“¹⁷, so macht schon der erste Satz der Stuttgarter Kundgebung sichtbar, welchen Weg die Bewegung der religiösen Sozialisten seit Meersburg zurückgelegt hat: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit drängt der Entscheidung entgegen. Die feudalistischen und bürgerlichen Schichten ballen sich unter nationalistischen und faschistischen Parolen zusammen zum Angriff auf die werdende sozialistische Gesellschaft. Sie versuchen die Einheit der proletarischen Abwehrfront mit allen möglichen Mitteln zu verhindern, ja sie schrecken nicht davor zurück, Christentum und Kirche für ihre Interessenpolitik zu mißbrauchen. Bei den gegenwärtigen politischen Entscheidungen, auch im Wahlkampf um die neue Zusammensetzung des Reichstages, handelt es sich im Besonderen darum, daß die kapitalistisch-bürgerlichen Kreise durch Einschränkung und Aufhebung sozialpolitischer Gesetze den Lebensraum der Arbeiter und Angestellten einengen wollen. Dadurch sollen die wirtschaftlich Abhängigen gezwungen werden, unter den schlechtesten Bedingungen und für den geringsten Lohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen.“¹⁸

¹³ Ebenda, S. 278 f.

¹⁴ SAV, 4/1926, S. 23 f.

¹⁵ Erwin Eckert, Was wollen die religiösen Sozialisten, Mannheim 1927.

¹⁶ SAV 41/1928, S. 239 f.

¹⁷ Kundgebung des 5. Kongresses, in: SAV 1930, S. 257.

¹⁸ Ebenda.

Die Entwicklung, die durch diese beiden Kundgebungen markiert wird, war ebenso wenig zufällig wie diejenige, die Erwin Eckert zum populärsten Führer der religiösen Sozialisten aufsteigen läßt. Sie war nicht das Ergebnis eifrigen Bibelstudiums und theologischer Kontemplation, sondern das Ergebnis der praktischen Erfahrungen, die Eckert, der ständig an der Spitze der politischen Tageskämpfe stehende Volkstribun der Arbeiterklasse, macht. Allein in der Zeit von November 1930, nachdem die durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise sich verschärfenden Klassenwidersprüche offenbar geworden sind, bis einschließlich März 1931 spricht Eckert auf 71 Massenversammlungen, die nach vorsichtigen Schätzungen des *Religiösen Sozialisten*, wie das *Sonntagsblatt* ab 1931 heißt, von mindestens 70.000 Menschen besucht worden waren. Jedoch nicht nur der Kontakt mit den arbeitenden Klassen während seiner verstärkten Reise- und Agitationstätigkeit gegen den Faschismus, sondern auch die verschiedenen Konflikte mit den deutschnationalen Kirchenregierungen, die ihn durch Disziplinargerichte und Maßregelungen von der religiös-sozialistischen Bewegung zu trennen suchen, wirken radikalierend und politisierend auf Eckerts politisches Bewußtsein ein. Eckert, der die Konflikte mit der deutschnationalen Kirchenregierung und die gegen ihn gerichteten Bürgerkriegsaktionen mit den nationalsozialistischen Störtruppen in seinen Versammlungen nicht scheut, benutzt die seit dem Jahr 1930 verstärkt einsetzenden kirchlichen Prozesse im Gegenteil dazu, weittragende Massen- und Protestbewegungen gegen die angebliche politische Neutralität der deutschnationalen Kirchenregierung gegenüber den faschistischen Tendenzen, die sich ab 1930 in den Kirchen unangefochten breitmachen, zu entfachen. Bei dem im Juni 1931 gegen Eckert eingeleiteten Prozeß, dessen Absicht es war, Eckert seines Pfarramtes zu entheben, werden in Baden 100.000 Unterschriften von evangelischen Kirchenmitgliedern gesammelt, die sich mit seinem Kampf gegen den Faschismus solidarisch erklären.

Neben dieser praktischen und sehr konkreten Kampferfahrung ist es vor allem das Bemühen Eckerts um Rezeption des wissenschaftlichen Sozialismus, die ihn in Richtung auf Emanzipation von den theologischen Verkleidungen seines politischen Kampfes treiben. Die von Eckert im *Sonntagsblatt* auszugsweise abgedruckten marxistischen ‚Klassiker‘ geben einen Überblick über die Lektüre des von Eckert angeeigneten wissenschaftlichen Sozialismus. Vom „Kommunistischen Manifest“, das er in acht Fortsetzungen, versehen mit politisch-aktualisierenden Anmerkungen, im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* abgedruckt, spannt sich ein weiter Bogen sozialistischer Autoren, angefangen mit Marx und Engels, wobei Engels, was die Zahl der Abdrucke angeht, ein leichtes Übergewicht behält, über Ferdinand Lassalle, August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin, Jean Jaurés, Max Adler und Otto Bauer bis hin zu dem Zitat aus Lenins Schrift „Über den Reformismus“, das in einer der letzten von Eckert redigierten Ausgaben des *Sonntagsblattes* unter der Überschrift „Klare Fronten!“ abgedruckt ist: „Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß die Revolution unmöglich ist ohne revolutionäre Situation, wobei allerdings nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt ... Hier handelt es sich um die unbestrittenste und grundlegendste Pflicht aller Sozialisten: um die Pflicht, den Massen das Vorhandensein der revolutionären Situation klar zu machen, ihre Breite und Tiefe ins Licht zu setzen, das revolutionäre Bewußtsein und die revolutionäre Entschlossenheit des Proletariats zu wecken, ihm zu helfen, daß es zu revolutionären Aktionen übergehen und der revolutionären Situation entsprechende Organisationen für die Tätigkeit in dieser Richtung ins Leben rufe. Kein einflußreicher und verantwortlicher Sozialist wagt jemals Zweifel darein zu setzen, daß dies eben die Pflicht der sozialistischen Parteien ist, die Krise ‚auszunutzen‘ zur Beschleunigung des Zusammenbruchs des Kapitalismus ... Die Nichterfüllung dieser ihrer Pflicht durch die gegenwärtigen Parteien ist eben ihr Verrat, ihr politischer Tod, ihre Lossagung von ihrer Rolle, ihr Übergang auf die Seite der Bourgeoisie“¹⁹.

¹⁹ Zit. nach: *Der religiöse Sozialist* (RS) vom 6. September 1931, 36/1931, S. 154.

Das politische Verhältnis des Bundes der religiösen Sozialisten zur SPD und der Konflikt um Pfarrer Erwin Eckert

Mit dieser in Form des Lenin-Zitates vorgebrachten und im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* veröffentlichten scharfen Anklage Erwin Eckerts gegenüber der Politik des SPD-Parteivorstandes war der spätestens seit 1925 schwelende Konflikt mit der SPD-Führung offen ausgebrochen, und es konnte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die SPD sich dieses unbequemen Kritikers entledigte. Sollte die SPD Eckert ausschließen, so mußte sich herausstellen, ob der Bund aus Gründen der Loyalität gegenüber der Partei seinen im August 1930 einstimmig gewählten Bundesvorsitzenden fallen lassen würde oder ob es Eckert gelingen könnte, den Bund hinter sich zu bringen und so eine Plattform zu schaffen, von der er die Stillhalte-Politik des Parteivorstandes kritisieren und zur Änderung seines eingeschlagenen Kurses bewegen könnte.

Obwohl die Mehrheit der religiösen Sozialisten, sofern sie parteipolitisch organisiert war, der SPD angehörte, war der Bund keineswegs eine Nebenorganisation der SPD. Er stand Kommunisten ebenso offen wie Sozialdemokraten, und so waren einige Kommunisten auch Mitglieder des Bundes. In den programmatischen Erklärungen Eckerts finden sich immer wieder Hinweise darauf, daß die religiösen Sozialisten in einer der beiden Parteien organisiert seien. Da die Mehrheit der religiösen Sozialisten dem linken Flügel der SPD näher standen als dem anpassungsfreudigen Parteivorstand, mußte sich nun erweisen, ob der Bund, der durch zahlreiche Nahtstellen mit der SPD verflochten war, insbesondere durch religiöse Sozialisten, die Mandat und Funktion in der Partei oder in den Gewerkschaften ausübten, bereit war, die ungestörte Existenz seiner Organisation über den ursprünglichen Sinn, Kampf um sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zu stellen. Der Bund hatte, da seine entscheidenden Wortführer der marxistischen Linken näherstanden als der Staatstreue-Ideologie des Parteivorstandes, seit seinem ersten politischen Auftreten stets eine vom Kurs des Parteivorstandes unabhängige Politik verfolgt.

Als es Ende 1925 im Reichstag um die Abfindung der Hohenzollern geht, reagiert Eckert spontan mit der Forderung nach entschädigungsloser Enteignung der Fürsten. Im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*, seit der 1. Meersburger Konferenz von 1924 Organ der Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten, beruft sich Eckert auf das 7. Gebot „Du sollst nicht stehlen“, eben jenes Gebot, mit dem die protestantischen Kirchen die Befürworter der Fürstenenteignung als Diebe zu diffamieren und das Kirchenvolk vom Volksentscheid fernzuhalten sucht.

An diesem einfachen Beispiel läßt sich zeigen, wie gleichlautende theologische Formen entgegengesetzten politisch-sozialen Inhalten untergeordnet werden: religiöse Verkleidung, Kostümierung von gegensätzlichen sozialen Positionen. Eckert ruft den Fürsten zu: „Eure Zeit ist vorbei, gebt dem Volke, was des Volkes ist!“²⁰ Er fordert alle religiösen Sozialisten auf, sich in die Listen für den Volksentscheid einzutragen: „Die Fürsten haben genug – sie sollen nichts mehr bekommen, weil das Volk entbehrt und leidet, müssen auch sie verzichten“²¹. Zum Volksentscheid erscheint eine Sondernummer des *Sonntagsblattes*, in der Eckert alle entschlossenen Christen aufruft: „Laßt Euch nicht betören mit christlich klingenden Worten, die den Fürsten Schutz und Hilfe bringen sollen. Auch wenn Kirchenfürsten und Prälaten Euch davon abhalten wollen, traut Ihnen nicht, sie haben mehr als einmal geirrt und das Volk nicht verstanden. Enteignet die Fürsten, es ist Eure Pflicht, ein Unrecht zu verhindern, das an unserem Volke getan werden soll, es ist Eure Pflicht, den Ärmsten unseres Volkes zu helfen“.²² Als einziger Pfarrer Süddeutschlands spricht Eckert am Vorabend des Volksentscheids auf einer Massenkundgebung vor über 10.000 Menschen in der Stadthalle in Stuttgart. Doch kommt die Fürstenenteignung, nicht zuletzt auf Grund der massiven Propaganda der Kirchen, zu Fall. Die Kirchen hatten

²⁰ SAV 51/1925, S. 170.

²¹ SAV vom 28. Februar 1926, 9/1926, S. 50.

²² SAV vom 13. Juni 1926, 24/1926, S. 216.

sich voll inhaltlich mit den Rechtsparteien identifiziert. Die religiösen Sozialisten aber hatten durch ihren aktiven Kampf an der Seite der SPD und KPD das gegen sie in beiden Arbeiterparteien bestehende Mißtrauen zwar nicht beseitigen, jedoch durchbrechen können.

Die Meersburger Tagung der religiösen Sozialisten 1926 hat diese Haltung noch einmal unterstrichen und betont, daß angesichts der Kriegsbeschädigten und Kriegsverwaisten, angesichts der durch die Inflation Enterbten und Beraubten, der Arbeitsinvaliden und der im Lebenskampf Zerbrochenen die Verschleuderung von Volksgut an die Fürsten eine Versündigung am Geist des Evangeliums sei. Als die SPD-Fraktion im preußischen Landtag im Oktober 1926 kompromißbereit einem Vergleich zuzustimmen geneigt ist, erinnert Eckert noch einmal an die Haltung der religiösen Sozialisten und fordert die SPD-Parlamentarier auf, gemeinsam mit den Kommunisten in der Sache kompromißlos zu bleiben und lieber den monarchisch gesinnten Richtern die Entscheidung zu überlassen, als selbst einen Pfennig den Fürsten zuzubilligen. „Für die religiösen Sozialisten war der Kampf um die Enteignung kein taktisches Manöver, das dazu dienen sollte, der kommunistischen Aktion den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern ein Kampf, den sie aus innerster Überzeugung als einen berechtigten und notwendigen Kampf mitgekämpft haben“²³.

Konnte die innerparteiliche linke Opposition der SPD im Bündnis mit der KPD die SPD-Parteiführung 1926 noch zur Einheitsfront für die Fürstenenteignung zwingen, so zeigen die Auseinandersetzungen um den Panzerkreuzerbau A im Jahre 1928, bei denen die religiösen Sozialisten wieder auf dem linken Flügel der Partei stehen, bereits die Ohnmacht der linken Opposition. Die SPD hatte nicht zuletzt auf Grund des großen Wahlerfolges der Linksparteien in der Fürstenenteignungskampagne und mit der Wahlparole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ bei den Reichstagswahlen 1928 gemeinsam mit den Kommunisten, die ebenfalls ihre Stimmenzahl erhöhen konnten, einen bedeutenden Wahlerfolg errungen. Als Koalitionspartner in der neuen Regierung glaubt die SPD verpflichtet zu sein, die von der Bürgerblockregierung vorbereiteten Pläne zum Bau des Panzerkreuzers A durchführen zu müssen. Diese plötzliche Wende der SPD-Führung löst bei großen Teilen ihrer Anhängerschaft und der Kommunisten einen Sturm der Entrüstung aus. Zu einem Zeitpunkt, als die Wende des Parteivorstandes noch keineswegs sichtbar ist, verabschiedet der 4. Kongreß der religiösen Sozialisten, der vom 1.-5. August 1928 in Mannheim stattfindet, einstimmig eine EntschlieÙung gegen die Panzerkreuzer: „Der 4. Kongress der religiösen Sozialisten protestiert gegen den Bau von Panzerkreuzern. Es ist nicht nur ein Gebot christlicher Friedensbereitschaft, sondern auch eine selbständige Forderung sozialistischer Versöhnungspolitik in allen Ländern, Kriegsausrüstung zu verhindern. Die religiösen Sozialisten können unmöglich zu dieser Verwendung öffentlicher Mittel für militärische Zwecke schweigen. Der Bund der religiösen Sozialisten spricht die Hoffnung und Erwartung aus, daß es der politischen Vertretung der sozialistischen Partei gelingen möge, die Absichten der bürgerlich-kapitalistischen Gruppen, Kriegswerkzeuge zu bauen, unmöglich zu machen“²⁴.

Was die religiösen Sozialisten unter allen Umständen durch den Einfluß der sozialdemokratischen Minister und der starken sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag verhütet sehen wollten, geschieht dennoch. Nach dem Beschluß des Panzerkreuzerbaus durch das sozialdemokratisch geführte Kabinett schreibt Eckert am 26. August 1928 im *Sonntagsblatt*: „... es ist uns unverständlich, daß auf diese Art und Weise mit dem Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung zu einem sozialistisch geführten Kabinett gespielt wird ... Es ist für uns Genossen, die wir während des Wahlkampfes ehrlich und aus vollster Überzeugung gegen diese kriegerischen Spielzeuge der Bürgerfront Sturm gelaufen haben, bitter, eine derartige Enttäuschung erleben zu müssen ... Wir sind der Ansicht, daß eine Politik unter sozialistischer Führung nie und nimmer

²³ SAV vom 24. Oktober 1926, 43/1926, S. 226.

²⁴ EntschlieÙung gegen die Panzerkreuzer, in: SAV vom 12. August 1928, 33/1928, S. 175.

gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung sich auswirken darf, mögen noch so sehr der Koalition gefährliche Situationen entstehen“.²⁵

Die Auseinandersetzungen um den Bau des Panzerkreuzers ist die erste große Gelegenheit, bei der auch bei denjenigen religiösen Sozialisten, die den Eintritt der SPD in die Koalitionsregierung für unvermeidbar gehalten hatten, erste große Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung zugunsten der großen Koalition laut werden. Eckert macht sich zum Sprecher derjenigen, die von Anfang an gegen die Beteiligung der SPD an der Regierung eingetreten waren: „Es ist sehr die Frage, ob nicht diejenigen unter uns recht gehabt haben, die nur unter ganz bestimmten Kautelen eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung wollten oder aber eine Oppositionsstellung außerhalb jeder anderen Regierung für das Richtige hielten. Wir wollen sehr hoffen, daß solche Belastungsproben dem Kabinett Müller erspart bleiben, sonst müßten wir wünschen, es gäbe kein solches Kabinett“.²⁶

Als die SPD-Parteiführung trotz der breiten Protestbewegung gegen den Panzerkreuzerbau an der Kabinettsentscheidung festhält, antwortet Eckert am 16. September 1928 auf Anfragen religiöser Sozialisten: „Sollte die SPD auch fernerhin mit allen möglichen Gründen die Revision der Panzerkreuzergenehmigung hintertreiben oder ihr aus dem Wege gehen, dann müssen wir religiösen Sozialisten und Kommunisten (sic! F.-M.B.) den Volksentscheid fordern, ganz ohne Rücksicht darauf, ob ein Volksentscheid wegen der technischen Schwierigkeiten, die ihm entgegengestellt werden können von juristischen ‚Sachverständigen‘, einen praktischen Erfolg haben wird oder nicht“.²⁷

Daraufhin erscheint im Karlsruher *Volksfreund*, dem Parteiblatt der SPD, ein Artikel unter dem Titel „Mangel an Disziplin“, der Eckert „bedenklichen Mangel an Disziplin und parteigenössischer Solidarität“ vorwirft und spricht von einer „die Partei verdächtigenden und einer bewußt unwahren Behauptung gegen die Partei“²⁸. Eckert setzt sich in einem ausführlichen Gegenartikel mit den Vorwürfen auseinander und beweist, daß der Parteivorstand die Kritik der religiösen Sozialisten zu recht auf sich gezogen hat. Er wendet sich gegen die Beschwichtigungsversuche sozialdemokratischer Redakteure und Funktionäre, die behaupteten, es sei „eben notwendig“ gewesen, sei „ein Erbe des Bürgerblocks“, „die Genossen im Kabinett Müller hätten nicht anders gekonnt“. Eckert hält zwei Mittel für möglich, um die Revision zu erzwingen oder doch wenigstens dem Protest gegen den Bau Nachdruck zu verleihen: „Entweder mußte eine Regierungskrise dadurch herbeigeführt werden, daß die Minister durch die Partei abgerufen wurden, oder aber es mußte sofort durch den Reichstag, und wenn das nicht möglich war, durch einen Aufruf an das werktätige Volk zum Volksentscheid die Ehre der Partei wiederhergestellt werden. Nichts dergleichen geschah“.²⁹ Stattdessen mache die SPD-Presse die Bemühungen der KPD lächerlich, indem sie die „juristische Unmöglichkeit“ eines Volksentscheides, zu der die KPD aufgerufen hatte, feststellt und behauptet, die KPD mache aus der Panzerkreuzerangelegenheit nur eine Kampagne gegen die SPD: „Ganze Seiten der Parteipresse wurden vollgedruckt mit Artikeln gegen die Heuchelei der Kommunisten, die gegen den deutschen Panzerkreuzer zum Volksentscheid aufriefen und zugleich Propaganda machten für die rote Flotte der Sowjetmacht!! Es dürfte wohl auch den Redakteuren unserer Parteipresse klar sein, daß es ein Riesenunterschied ist, ob man als Sozialist in der kapitalistisch orientierten deutschen Republik für einen Panzerkreuzer stimmt und dessen Bau zuläßt, oder ob Sowjetrußland zur Verteidigung der proletarischen Ordnung, sie mag so gut oder schlecht sein wie sie will, sich gegen die internationale kapitalistische Front eine Schutzwehr aufbaut. Die Stärkung unserer Reichswehr und Marine kann in dieser Republik des liberalen Bürgertums gar keinen anderen praktischen

²⁵ Erwin Eckert, in: SAV vom 26. August 1928, 35/1928, S. 191.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Erwin Eckert, in: SAV vom 16. September 1928, 38/1928, S. 216.

²⁸ Zit. nach Erwin Eckert, in: SAV vom 23. September 1928, 39/1928, S. 220.

²⁹ Ebenda.

Wert haben als den, ein Machtmittel zu schaffen, durch das ‚Ruhe und Ordnung‘ aufrechterhalten wird, durch das eine friedliche Neuorientierung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne ungeheuer erschwert wird. Es wäre eine ganz andere Sache, wenn wir in einer sozialistischen Republik wären, wenn unsere Minister nicht das ‚Erbe des Bürgerblocks‘ durchführen müßten!!“³⁰

Der Widerstand der religiösen Sozialisten erlahmt, als der Parteiausschuß der SPD sich entgegen den Kabinettsbeschlüssen seiner eigenen Minister gegen den Bau des Panzerkreuzers ausspricht. So ist die Basis der Teilnahme der religiösen Sozialisten am kommunistischen Volksentscheid, zu der sie den Bund eingeladen hatte, entfallen. Eckert muß als Vorsitzender des Bundes das Angebot der KPD ablehnen, plädiert jedoch gleichzeitig für die individuelle Teilnahme der religiösen Sozialisten, da er überzeugt ist, „daß es bei dem Volksbegehren nicht allein darauf ankomme, künftige Panzerkreuzerbauten zu verhindern vielleicht ist es beider Spießigkeit und Gleichgültigkeit des Kleinbürgertums und der Regiekunst der bürgerlichen Parteien wirklich aussichtslos, das Geschehene durch eine solche Volksaktion zu revidieren vielleicht ist das Volksbegehren praktisch ergebnislos. Es wäre aber, wenn die SPD, die große verantwortliche Arbeiterpartei, die Initiative ergriffen hätte, eine großartige Gelegenheit gewesen, das Volk aufzurütteln, aufzureißen aus seiner Gleichgültigkeit – eine unerhörte Propaganda zu machen für den Frieden, gegen nationale Rüstungen und Kriegsvorbereitungen! Das wäre umso wichtiger gewesen in einer Zeit, in der ein Briand, der sonst der ‚Friedensfreund‘ genannt wird, in Genf in aller Deutlichkeit von einem kommenden ‚sozialen Krieg‘ spricht, auf den man gerüstet sein müsse – also von einem Kriege, der von der kapitalistischen Front geführt werden müsse gegen die proletarischen Rüstungen unter der Führung Sowjetrußlands“.³¹

Faßt man das Ergebnis der Auseinandersetzungen um den Panzerkreuzerbau zusammen, so ergibt sich einerseits die Erfahrung der Ohnmacht der linken Opposition in der SPD, die den Kurs des Parteivorstandes trotz breiten Rückhalts bei den arbeitenden Massen nicht zu korrigieren vermochte. So gerät der Bund der religiösen Sozialisten zum ersten Mal in eine deutliche Abseits- und Distanzstellung gegenüber der Partei. Die Enttäuschung und Unabhängigkeit der religiösen Sozialisten drückt sich in dem Satz Erwin Eckerts aus, daß der Bund kein „Anhängsel der SPD“³² sei. Anders als bei den späteren Zusammenstößen Erwin Eckerts mit der Tolerierungspolitik des Parteivorstandes kann Eckert bei der Opposition gegen die Politik des geringsten Widerstandes in der Frage des Panzerkreuzerbau mit der Unterstützung der Mehrheit der im Bund zusammengefaßten religiöse Sozialisten rechnen. Die relative Geschlossenheit des Bundes in dieser Auseinandersetzung kann vor allem wegen der pazifistischen Grundströmung im Bund erzielt werden. Sie wird auch nicht durch die persönliche Teilnahme Erwin Eckerts am Volksbegehren gefährdet, zu der er sich durchringt: „Die SPD, die Partei, der ich seit über 16 Jahren in aller Begeisterung und Hingabe diene mit einem gläubigen Herzen, wird von mir, wenn ich mich am Volksbegehren beteilige, nicht eben den ‚Kadavergehorsam‘ verlangen, den sie sonst so scharf bekämpft“.³³

Die kritische Distanz gegenüber der Partei, als Ergebnis der Auseinandersetzungen um den Panzerkreuzerbau, bleibt erhalten und wird von Eckert auf der internationalen Führertagung, die vom 1.-3. November 1929 in Köln stattfindet, noch bestärkt: „Der Koalitionsreformismus darf für uns unter keinen Umständen die Voraussetzung sein für unsere Wirksamkeit in der sozialistischen Bewegung ... Nicht weil die Partei im demokratischen Zeitalter ein neues Reservoir erschließen möchte, die kleinbürgerlichen Kreise, die noch irgendwo religiös kirchlich erfaßt sind, um koalitionstüchtiger zu werden, dürfen wir etwa Propaganda treiben für den sozialistischen Kampf; für uns handelt es sich nicht um das ‚Einfangen der Christen für die SPD‘,

³⁰ Ebenda, S. 221.

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

³³ Ebenda.

sondern um den entschlossenen Kampf, die Vorbereitung und die Durchführung der sozialistischen Ordnung überhaupt.³⁴

Was Eckert hier befürchtete, wurde angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen nach dem Bruch der Großen Koalition und den Septemberwahlen 1930, die das rapide Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen brachte, zum Problem, an dem der Bund zerbrochen ist. Zwar wird Eckert auf dem 5. Kongress des Bundes in Stuttgart einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt, und es scheint, als sei sein Einfluß innerhalb des Bundes nie größer gewesen, doch findet Eckert bei seiner Opposition gegen die Tolerierungspolitik der SPD nicht mehr die Unterstützung des Bundes, der sich, je mehr Eckert das Mißtrauen der SPD-Parteifunktionäre erregt, desto deutlicher von ihm distanziert. Unmittelbar nach den Septemberwahlen gelingt es Eckert noch, eine Entschließung der Mannheimer Organisation der SPD durchzubringen; eine überfüllte Mitgliederversammlung der Mannheimer sozialdemokratischen Parteiorganisation nimmt am 25. September mit großer Mehrheit folgende von Eckert eingebrachte Entschließung an: „Die Mannheimer Organisation der SPD ist der Auffassung, daß die von der sich bildenden bürgerlich-faschistischen Einheitsfront drohenden Gefahren allein durch eine radikale Umstellung der politischen und taktischen Einstellung der Partei, durch eine entschlossene Opposition abgewendet werden können. Den Versuchen der bürgerlich-faschistischen Parteien, die Demokratie als Waffe gegen die Interessen des Volkes und als einen Weg zur legalen Diktatur der Besitzenden zu mißbrauchen, wird die SPD als die Partei der werktätigen Bevölkerung mit ihrer machtvollen Organisation entgentreten und zu allen Mitteln bereit sein, die geeignet sind, der Verteidigung der Volks- und Menschenrechte zu dienen. Die beabsichtigten gesetzlichen Maßnahmen zur Herabsetzung des Lohns, zur Verschlimmerung der Arbeitslosenversicherung, zur Abwälzung der Lasten des Youngplanes auf die Schultern der Besitzlosen werden das Proletariat zu einer geschlossenen Einheitsfront zusammenschweißen unter der Führung der SPD gegen das kapitalistische System, die Ursache des Massenelends und der Massennot.“³⁵

Zeigt sich an der Annahme dieser Entschließung durch die SPD-Mitgliederversammlung in Mannheim, daß das Vertrauen, das Eckert bei den arbeitenden Massen genießt, wächst, so stoßen seine Versuche, die antifaschistische Einheitsfront des Proletariats gegen die bürgerlich-faschistische Einheitsfront aufzurichten, immer mehr auf Widerstände innerhalb des Bundes und der Parteibürokratie. Die von Eckert verfaßten Wochenanalysen zur politischen und wirtschaftlichen Lage werden durch Intervention des 2. Vorsitzenden des Bundes, Bernhard Göring, unterbunden und können nicht mehr im *Sonntagsblatt* erscheinen. Der Versuch, den Bund zu einer Stellungnahme gegen die Tolerierungspolitik der SPD zu bewegen, scheitern. Eckert wird von führenden Wortführern des Bundes, insbesondere solchen, die ein Amt in der SPD oder den Gewerkschaften haben, nahegelegt, sich nicht in die Politik einzumischen. Die Stellungnahmen der einzelnen Wortführer des Bundes zu Eckerts Auseinandersetzungen mit der SPD zeigen zwar ein vielfältiges Bild, in dem militante Solidaritätserklärungen nicht fehlen, doch setzen sich nach Eckerts Ausscheiden eindeutig diejenigen Wortführer durch, die die ungestörte Existenz der eigenen Organisation über den Sinn stellen, für den die Organisation einst entstanden war.

Am 3. Oktober 1931 erfährt Eckert aus der Presse seinen Ausschluß aus der SPD. Der Ausschluß ist begründet mit „grobem Vertrauensbruch“ und „Zellenbildung“ in der Partei. Am Vorabend hatte Eckert eine Besprechung mit den ebenfalls aus der SPD ausgeschlossenen Führern der Linken Opposition Seydewitz und Rosenfeld, die am folgenden Tag die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gründen. Eckert hält jedoch die Bildung einer neuen Partei angesichts der Notwendigkeit, die antifaschistische Einheitsfront zwischen SPD und KPD herzustellen, für ein anachronistisches Unternehmen, da man nicht wissen könne, wie viel Zeit die Arbeiterparteien hätten, um den Faschismus zu verhindern. Am 3. Oktober 1931 tritt Eckert nach einer

³⁴ Erwin Eckert, Arbeitsmethoden und Taktik der religiösen Sozialisten Deutschlands, in: SAV 49/1929, S. 364.

³⁵ Mannheim für entschiedenen Kurswechsel in der Partei, in: *Der Klassenkampf*, 19/1930, S. 605 f.

Unterredung mit Ulbricht, Remmele und Neumann in die KPD ein. Ihm wird keine Schwierigkeit wegen seines Pfarramtes auferlegt. In großen Massenkundgebungen in Mannheim und Stuttgart begründet Eckert in den darauffolgenden Tagen seinen Schritt. Die badische Landeskirche reagiert auf den Übertritt Eckerts zur KPD mit einer sofortigen Amtsenthebung, die in dem Urteil des Dienstgerichtes vom Dezember 1931 bestätigt wird. Am 13. Oktober fährt Eckert für mehrere Wochen zu einer Studienreise in die Sowjetunion. Das kirchliche Dienstgericht, das Eckerts Amtsenthebung beschließt, veranlaßt ihn, auch aus der Kirche und dem Bund der religiösen Sozialisten auszutreten.

Kampf gegen den Faschismus (Dezember 1931 bis Februar 1933) und Widerstand gegen das „Dritte Reich“ (1933-1945)

Ende November 1931 kehrt Eckert von einer mehrwöchigen Informationsreise in die Sowjetunion zurück. Zunächst Redakteur im Verlag der „*Roten Fahne*“ in Berlin, ist Eckert dann von 1932 bis 1933 in der von Erich Glückauf geleiteten Redaktion der „*Freiheit!*“ in Düsseldorf tätig. Düsseldorf ist zu dieser Zeit der stärkste Wahlkreis der KPD. Auf zahlreichen Betriebsversammlungen und Massenkundgebungen dieser Zeit, insbesondere im Rheinland und im Ruhrgebiet, beschwört Eckert die faschistische Gefahr und fordert die rote Einheitsfront.

Aus den Zeitungsberichten dieser Zeit spricht die große Wirkung, die Eckert auf die Arbeiterschaft ausübt: „Ganz Mannheim war auf den Beinen. Aus allen Richtungen strömten sie herbei, die Massen des werktätigen Volkes. Ein Zug von Tausenden und Abertausenden, die den Genossen Eckert, den ehemaligen Stadtpfarrer aus Mannheim, hören wollten“³⁶. In dem Bericht der kommunistischen „*Arbeiterzeitung*“ in Ludwigshafen heißt es: „Tausende und Abertausende marschierten bereits in den frühen Abendstunden zum Rosengarten, in dem die Genossen Eckert und Doll, die Reichstagskandidaten der Kommunistischen Partei über das Thema ‚Rote Einheitsfront gegen faschistische Reaktion‘ sprechen sollten ... Was die Massen denken und fühlen, was sie täglich selber erleben, das hämmerten die Redner klar und scharf in die Massen, unterbrochen von nicht enden wollenden Beifallsstürmen.“³⁷ Nach einer Massenkundgebung in Pirmasens am 28. Juli 1932 schreibt die kommunistische Lokalzeitung: „Genosse Erwin Eckert sprach. Zündend und emporreißend. Dies, trotzdem er durch die vielen Versammlungen, die er in den letzten Wochen durchführte, sichtbar abgearbeitet ist. Jedem im Saale Anwesenden, jedem, der draußen im Garten auf die durch Lautsprecher übertragenen Worte lauschte, wurde klar, daß nur durch die antifaschistische Aktion, durch den Kampf in roter Einheitsfront der Faschismus und alle Feinde der Werktätigen zu schlagen sind. Orkanartiger Beifall unterbrach häufig die Ausführungen des Genossen Eckert.“³⁸

Am Abend des 30. Januar 1933 steht Eckert beim Schichtwechsel vor den Toren der Maschinenfabrik Schiess de Fries in Düsseldorf, einem Betrieb, aus dem die KPD nicht hatte verdrängt werden können und in dem sie unter Angestellten und Arbeitern noch zahlreiche Anhänger besitzt. Erwin Eckert verteilt Flugblätter mit dem Aufruf zum Generalstreik: „Arbeiter und Arbeiterinnen, heraus aus den Betrieben! Generalstreik! Besetzt die Fabriken, die Gewerkschaftshäuser, die Arbeiterviertel, bevor die SA und SS uns niederschlägt und Krieg und Vernichtung über die Welt bringen“.³⁹

Die von der SPD- und Gewerkschaftsführung ausgegebene Parole „Generalstreik abblasen, Hitler abwirtschaften lassen“, die Eckert von einem Mitglied der in der Nähe liegenden Redaktion der „*Freiheit!*“ überbracht wird, zerstört die Hoffnung, die ‚Machtergreifung‘ des Faschismus und die Niederlage der Arbeiterbewegung noch im letzten Augenblick durch den entschlossenen Kampf der geeinten Arbeiterklasse verhindern zu können.

³⁶ *Arbeiterzeitung*, Mannheim, vom 29. Juli 1932.

³⁷ *Arbeiterzeitung*, Ludwigshafen, vom 29. Juli 1932.

³⁸ *Arbeiterzeitung*, Ludwigshafen, vom 29. Juli 1932.

³⁹ Privatarchiv Erwin Eckert.

Nach dem 30. Januar 1933 beteiligt Eckert sich am Wahlkampf gegen die Nationalsozialisten in Lippe. Seine letzte Rede hält Eckert am 20. Februar 1933 auf einer Massenkundgebung in Hagen-Haspe.

Am 28. Februar 1933, in der Nacht des Reichstagsbrandes, wird Eckert zusammen mit 4.000 kommunistischen Funktionären, vielen Sozialdemokraten und Liberalen auf Grund der auf den Notstandsartikel 48 der Weimarer Reichsverfassung gestützten und vom Reichspräsidenten Hindenburg erlassenen „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ von der Gestapo in Düsseldorf verhaftet. Vom 1. März bis zum 17. Oktober 1933 ist Eckert zusammen mit Wolfgang Langhoff in Düsseldorf-Derendorf in „Schutzhaft“.

Bei der Verhaftungswelle im Jahre 1936,⁴⁰ bei der 11.700 Kommunisten und 1.400 Angehörige der anderen sozialistischen Gruppen verhaftet werden, ist Eckert einer der Verhafteten. Am 13. Juni 1936 erfolgt die Festnahme durch die Gestapo. Drei Monate verbringt Eckert in verschärfter Einzelhaft. Am 9. Oktober 1936 wird die Gerichtsverhandlung vor dem Volksgerichtshof in Kassel eröffnet. Die Anklage lautet auf „Vorbereitung zum Hochverrat“. Im Einzelnen wird Eckert die Redaktion und Verbreitung illegaler Flugblätter, Organisation illegaler militärischer kommunistischer Gruppen, sowie die Unterstützung flüchtiger kommunistischer Funktionäre vorgeworfen. Eckert wird zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Außerdem spricht das Gericht fünf Jahre ‚Ehrverlust‘ gegen Eckert aus, erkennt auf „Zulässigkeit“ der Polizeiaufsicht, rechnet die dreimonatige Untersuchungshaft nicht an und fordert die Zahlung der Haftkosten für den Zuchthausaufenthalt. Wegen Krankheit und allgemeiner Schwäche wird Eckert am 9. März 1940 nicht in ein Konzentrationslager ‚überstellt‘, sondern nach Frankfurt/Main entlassen, wo er weiterhin unter Polizeiaufsicht steht. Der Versuch, in der Bücherstube seiner Frau mitzuarbeiten, scheitert an der Ablehnung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer.

Zwischen 1941 und 1945 ist Eckert in mehreren Industriebetrieben Frankfurts, ab 8. Februar 1944 in Oberwihl, als Angestellter beschäftigt, obwohl die Gauleitung der NSDAP zuvor vergeblich vom Arbeitsamt Frankfurt die Beschäftigung Eckerts als Straßenkehrer verlangt hatte. Am 29. Dezember 1942 fordert die Kreisleitung der NSDAP in Frankfurt, wiederum vergeblich, die Entfernung aus seiner Stellung.

Am 18. Januar 1945 ist es die Gestapo, die noch einmal das Ausscheiden Eckerts aus seinem Angestelltenverhältnis verlangt. Doch bleibt auch dieser letzte Vorstoß ergebnislos. Am 20. April 1945 besetzen französische Truppen Oberwihl.

Kampf um antifaschistische Aktionseinheit und sozialistische Einheitspartei in Südbaden (1945/46)⁴¹

Nach der Zerschlagung des faschistischen Herrschaftssystems durch die alliierten Truppen entsteht in vielen Orten in Deutschland spontan eine Bewegung, die auf die Herstellung einer antifaschistischen Aktionseinheit und nach der Zulassung der politischen Parteien durch die Besatzungsbehörden auf die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen sozialistischen Partei drängt. „Als nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus die deutsche Arbeiterbewegung sich zunächst noch halblegal, ohne Genehmigung der Besatzungsbehörden zur rekonstruieren versuchte, entstand ... fast überall die Tendenz, wegen dieser Rückbesinnung der innerdeutschen sozialistischen Kader auf marxistisches Denken, wegen der bitteren Erfahrungen mit der Spaltung der Bewegung in zwei sich bekämpfende Parteien in der Weimarer Periode und auf Grund der Gemeinschaft des illegalen Kampfes zwischen zahlreichen Gruppen

⁴⁰ Die Angaben sind entnommen aus: Wolfgang Abendroth, Für ein besseres Deutschland, in: *Die Tat* vom 25. März 1967, 12/1967, S. 19.

⁴¹ Nachtrag 1990: siehe Gert Meyer, Einigungsbestrebungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Südbaden nach 1945, in: Heiko Haumann (Hrsg.) Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden, Köln 1977, S. 176-197.

aus beiden früheren Parteien auf die Wiederherstellung der alten Parteien zu verzichten und eine einheitliche sozialistische Partei zu erstreben⁴². An diesem Tatbestand kommt auch Albrecht Kaden⁴³ nicht vorbei, wenngleich er die in beiden Parteien vorhandenen Einheitsbestrebungen global als Überrumpelungsmanöver der Kommunisten zu diffamieren und die Spaltung als Verteidigung von Freiheit und Demokratie seitens der SPD zu rechtfertigen sucht.

Eine besondere Entwicklung hat diese Einheitsbewegung der französischen Zone Südbaden genommen⁴⁴. Sie wurde durch folgende Bedingungen begünstigt:

1. Beim Zusammenbruch des Nazi-Regimes besteht unter der Bevölkerung Südbadens eine starke Sympathie für Frankreich, dessen Truppen von weiten Kreisen freudig erwartet werden. Aktive Widerstandsgruppen bestehen auch in Zusammenarbeit mit Fremdarbeitern um den französischen Maquis. Vielerorts sind die Panzersperren beim Eintreffen der Truppen bereits von den Deutschen beseitigt, und große Gebiete werden widerstandslos besetzt. Vor dem Eintreffen der Besatzungstruppen leisteten Widerstandsgruppen gegenüber der SS aktiven Widerstand. Die Einstellung in antifaschistischen Kreisen äußert sich darin, daß z.B. am 14. Juli 1945, am Tage des Sturms auf die Bastille, die *Antifa* (Arbeitsgemeinschaft der antifaschistischen Parteien) in Singen Frankreich durch die Errichtung eines Monuments als Befreier begrüßt, und die Vertreter der *Antifa* werden von der Militärregierung empfangen. Auf französischer Seite waren beim Einmarsch der Truppen Plakate mit der Aufschrift „Le soldat de la Grande Révolution Française est venu vous délivrer! Der Soldat der Großen Französischen Revolution ist gekommen, Euch zu befreien!“

2. Zu den Besonderheiten der Situation in der französischen Zone Baden gehört vor allem die außerordentlich schwache Position der Arbeiterbewegung in dem industriell wenig entwickelten und konfessionell (katholisch) stark geprägten Südbaden, das von dem industriell bestimmten Mannheimer Gebiet abgetrennt ist. Bei den Landtagswahlen vom 5. Januar 1919 hatten die Arbeiterparteien zusammen lediglich 27,5% der Stimmen auf sich vereinigt. Bei den Landtagswahlen am 27. Oktober 1929 war dieser ohnehin geringe Anteil auf 19,1% zusammengeschrumpft. (SPD: 15,5%; KPD: 3,6%). Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 hatte sich diese Position noch auf 15,9% vermindert (SPD 8,5%; KPD: 7,1%). Aus den Kreisratswahlen vom 13. Oktober 1946 gehen die Arbeiterparteien zwar wieder gestärkt mit insgesamt 25,3% hervor (SPD: 17,6%; KPD 7,7%), doch ändert sich nichts an der vergleichsweise schwachen Position der Arbeiterbewegung in Südbaden⁴⁵.

3. Bei der südbadischen Sonderentwicklung ist ferner die Tatsache zu berücksichtigen, daß in der französischen Zone Baden nicht die SPD, sondern die Sozialistische Partei gegründet wurde, die zunächst einen Kurs unabhängig von der SPD-Parteizentrale in Hannover unter Kurt Schumacher verfolgt.

4. Schließlich lassen die am 26. Januar 1946 und am 29. Oktober 1946 vorgenommenen Volkszählungen in Südbaden keine wesentlichen, durch Flüchtlingsbewegungen bedingten Bevölkerungsverschiebungen erkennen, so daß sich die politischen Strukturen relativ ungestört rekonstruieren konnten⁴⁶.

Neben diesen relativ günstigen Voraussetzungen für eine Aktionseinheit und Einheitspartei der Arbeiterklasse fallen jedoch auch Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörden negativ

⁴² Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1964, S. 69 f.

⁴³ Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/1946, Hannover 1964.

⁴⁴ Statt einer systematischen Untersuchung sollen die Entwicklungen in Südbaden soweit wie möglich quellenmäßig erfaßt werden.

⁴⁵ Die Wahlergebnisse entsprechen den jeweils im Gebiet Südbaden erzielten und sind entnommen aus: Karl Joseph Rößler, Der Badische Landtag, Freiburg/Br. 1949.

⁴⁶ Die erste ergab 1.174374, davon 41% Männer, die zweite ergab 1.181.925 Einwohner, davon 43,3% Männer. Siehe Rößler, a.a.O., S. 58.

ins Gewicht, die dazu führen, daß sich nach einer kurzen Periode der fruchtbaren Zusammenarbeit gerade unter den aktivsten Nazigegegnern eine Enttäuschung über die Entwicklung nach dem Zusammenbruch breitmacht. Die von der Arbeiterschaft erwarteten weitgehendsten Entfaltungsmöglichkeiten für die antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften und eine entschiedene Bekämpfung der Reste des Nationalsozialismus wurden nicht gewährt.

Eine auch nur radikal-demokratische Erneuerung Deutschlands, das nie eine siegreiche bürgerlich-demokratische Revolution erlebt hat, wurde nicht zuletzt auf Grund der administrativen Interventionen der „Soldaten der Großen Französischen Revolution“ bzw. der französischen Militärregierung beträchtlich behindert. Erst lange, nachdem die Arbeiterparteien in den anderen Zonen ihre Legalität erhalten hatten, wurden die Parteien in der französischen Zone zugelassen. Die Organisierung der Gewerkschaften blieb trotz vieler Bemühungen hinter derjenigen in den anderen Zonen zurück. Durch eine Reihe von Einschränkungen und Versammlungsaufhebungen bis Ende 1945 wurde die antifaschistische Initiative sehr gehemmt. Eine Arbeiterpresse konnte erst nach vielen Anstrengungen und relativ spät erscheinen. Als bereits am 1. Mai 1945, noch vor der bedingungslosen Kapitulation, in Singen die erste antifaschistische Zeitung herauskam, wurde diese verboten. An ihre Stelle traten eine Reihe bürgerlicher Blätter. Erst durch einen langen zähen Kampf war es möglich, z. B. im *Südkurier*, Konstanz, einen gewissen Einfluß der Linksparteien durchzusetzen. Auf dem Gebiet der Säuberung wurden keine durchdringenden Maßnahmen ergriffen, und die Arbeiterparteien waren nicht in der Lage zu verhindern, daß vielfach die kleinen Nazis gemäßregelt wurden, während in den entscheidenden Positionen der Wirtschaft und Verwaltung, sowie insbesondere in denen der Polizei Nazis im Amt blieben. Noch im Verlaufe des Jahres 1945 wurden unzählige Versuche der antifaschistischen Kräfte in vielen Orten durch die Organe der Besatzung erstickt und die Verantwortlichen zum Teil verhaftet.

In diesem Gemisch günstiger und ungünstiger Voraussetzungen entsteht in der französischen Zone Südbaden eine Bewegung für eine einheitliche sozialistische Partei, die im Vergleich zu den anderen westlichen Zonen ein besonders fortgeschrittenes Stadium erreicht.

Erwin Eckert ist einer der maßgeblichen Wortführer und Organisatoren dieser Bewegung, die, solange die politischen Parteien nicht genehmigt sind, zunächst in der antifaschistischen Aktionseinheit zum Tragen kommt. Nachdem sich in den verschiedenen Ortschaften und Städten der französischen Zone Antifaschisten aus allen Gruppierungen, Sozialdemokraten, Kommunisten, bürgerliche Demokraten, Zentrumsanhänger und Parteilose, zu sogenannten Widerstandsblocks, Anti-Nazi-Komitees, antifaschistischen Ausschüssen, Gruppen für demokratischen Aufbau gebildet und in verschiedenen Städten örtlich genehmigte antifaschistische Versammlungen stattgefunden haben, treffen sich Anfang Oktober 1945 die Vertreter der verschiedenen antifaschistischen Gruppen aus den Kreisen Donaueschingen, Konstanz-Stadt, Konstanz-Land, Säcking, Stockach, Überlingen, Villingen und Waldshut in Singen zu einer gemeinsamen Besprechung. Sie beschließen, das Cabinet Civil in Baden-Baden um die offizielle Genehmigung des Zusammenschlusses aller antifaschistischen Kräfte und deren öffentliche Betätigung zu ersuchen. Erwin Eckert wird von den Versammlungsteilnehmern beauftragt, die Verhandlungen mit dem Cabinet Civil zu führen und gleichzeitig mit den verschiedenen antifaschistischen Gruppen in der französischen Zone Besprechungen mit dem Ziel der Zusammenfassung aller antifaschistischen Kreise in einer überparteilichen, aktionsfähigen Organisation aufzunehmen. Nach Kontaktaufnahme mit antifaschistischen Komitees in Kehl, Lahr, Offenburg, Rastatt, Karlsruhe und Baden-Baden, die ausnahmslos ihre Unterstützung für die organisatorische Zusammenfassung zusagen, findet am 5. November 1945 eine Besprechung im Cabinet Civil zwischen Erwin Eckert und Gerhard Wohlrath, dem Vertreter der Antifaschisten Oberbadens, einerseits und einem Vertreter des Cabinet Civil andererseits statt. Am 6. November 1945 genehmigt daraufhin das Cabinet Civil grundsätzlich die organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen antifaschistischen Kreise unter der Voraussetzung, daß sich die Vorstände der

Bewegung paritätisch aus allen parteipolitischen und weltanschaulichen Gruppierungen der Antifaschisten zusammensetzen. Gleichzeitig akzeptiert es den von Eckert vorgeschlagenen Namen für die neue Bewegung. Sie tritt von nun an als „*Das Neue Deutschland*. Antifaschistische Bewegung für demokratischen Aufbau“ an die Öffentlichkeit. Das Aktionsprogramm des *Neuen Deutschland* wird am 15. November 1945 auf einer Zusammenkunft von ca. 40 Landräten, Bürgermeistern, früheren Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftlern aller politischen Parteien von Erwin Eckert vorgelegt und erläutert.

Das Aktionsprogramm geht von folgenden Grundgedanken aus: „*Das Neue Deutschland* faßt alle Männer und Frauen in einer Aktionsgemeinschaft zusammen, die entschlossen sind, mit den Überresten nationalsozialistischen Einflusses, militaristischer Gesinnung und völkischer Überheblichkeit aufzuräumen, die Fundamente des Dritten Reiches zu zerstören und aus dem Schutt des Krieges und der Vernichtung ein anderes, ein neues Deutschland der Arbeit, des Friedens und der Freiheit aufzubauen. *Das Neue Deutschland* wird als Einheitsblock aller demokratischen Parteien, des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Parteilosen den Beweis erbringen, daß dieses in der Freiheit wahrer Demokratie entstehende Deutschland würdig sein wird, durch die Katastrophe des verlorenen Krieges und das Fegefeuer des Naziterrors geläutert, nach einer Zeit der Arbeit, des Opfers und der Bewährung in die Gemeinschaft der Völker zurückzukehren. *Das Neue Deutschland* tritt rückhaltlos ein für die Wiedergutmachung des durch die Nazi-Clique und ihre Helfershelfer in Deutschland und in den Ländern Europas verursachten Elends, um dadurch wenigstens einen Teil der Schuld abzutragen, die das ganze deutsche Volk durch sein Versagen gegen die verbrecherische, unmenschliche Nazi-herrschaft seiner grauenhaften Methoden des Terrors, des Mordes, der Vernichtung aller sittlichen Maßstäbe und kulturellen Werte in der Welt auf sich geladen hat“⁴⁷.

Im Einzelnen umfaßt das von Eckert vorgelegte und von der Versammlung gebilligte Aktionsprogramm folgende Hauptpunkte:

„1. Säuberung der Wirtschaft, der Verwaltung, des kulturellen und öffentlichen Lebens von jedem nationalsozialistischen Einfluß; Ausschaltung aller Repräsentanten, Auftraggeber und Aktivisten der NSDAP, SA, SS und Gestapo.

2. Neuaufbau der deutschen Wirtschaft der Industrie und Landwirtschaft des Handels und Handwerks! Sicherstellung von Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung! Einschaltung der Gewerkschaften und Genossenschaften ...

3. Neuaufbau des Staates durch Wiederherstellung demokratischer Rechte und Freiheiten; Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltung! Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

4. Neuaufbau des Schul- und Bildungswesens: Freiheit der weltanschaulichen und wissenschaftlichen Forschung, der künstlerischen Gestaltung, religiöser Überzeugungen und des christlichen Glaubens.“⁴⁸

Die endgültige Genehmigung der antifaschistischen Bewegung *Das Neue Deutschland* erteilt dem Cabinet Civil am 28. November 1945 nach voraus-gegangenen, eingehenden Besprechungen Erwin Eckerts und Gerhard Wohlraths mit Vertretern des Cabinet Civil. Erwin Eckert selbst wird zum geschäftsführenden Vorsitzenden des zentralen Präsidiums bestimmt, dem außerdem der christlich-soziale Oberbürgermeister von Freiburg/Br. Dr. Hoffmann und der sozialistische Staatsrat Prof. Carlo Schmid angehören.

⁴⁷ Protokoll über die Vorbesprechung zur Schaffung einer „antifaschistischen Bewegung für demokratischen Aufbau in der französischen Zone, *Das Neue Deutschland*“ (Leitung Pfarrer Erwin Eckert) vom 15.11.1945 im Rathaus Reutlingen, in: Privatarchiv Erwin Eckert.

⁴⁸ Ebenda.

Gleichzeitig mit der Zulassung der antifaschistischen Bewegung *Das Neue Deutschland* wird Eckert am 26. November 1945 vom Cabinet Civil die Gründung des Verlags „*Das Neue Deutschland*“ genehmigt. Der Plan Eckerts, eine Monatszeitschrift „*Das Neue Deutschland*. Monatshefte für Politik, Wirtschaft und Kultur“ herauszugeben und hauptverantwortlich zu dirigieren, scheitert trotz weitestgehender Vorbereitungen am Einspruch der französischen Besatzungsbehörde und am späteren Zerfall der antifaschistischen Bewegung. Dagegen erscheint mit einiger Verzögerung die ursprünglich unter dem Namen „*Das Neue Deutschland im Bild*“ geplante, vierzehntägige Illustrierte Zeitung am 1. April 1946 unter dem veränderten Namen „*Die Neue Demokratie*“ (DND), nachdem die französische Militärregierung mit dem Hinweis, es gebe kein Deutschland mehr, sondern nur noch deutsche Länder, Einspruch gegen den vorgeschlagenen Titel erhoben hatte. Die letzte Ausgabe dieser ersten deutschen Illustrierten mit antifaschistischer Tendenz erscheint Ende 1948.

Die erste große Versammlung der antifaschistischen Bewegung *Das Neue Deutschland* findet am 1. Dezember 1945 in Singen statt. An ihr nehmen mehr als 5.000 Vertreter teil. Das Stärkeverhältnis der einzelnen antifaschistischen Gruppen findet seinen sichtbaren Ausdruck bei der Vorstandswahl, zu der die vier Gruppen, Kommunisten, Sozialisten, Christlich-Soziale und Parteilose, je drei Kandidaten vorschlagen.

Der Spitzenkandidat der Kommunisten erhält die meisten, nämlich 921, der Spitzenkandidat der Sozialisten folgt mit 801 Stimmen, während der Spitzenkandidat der Christlich-Sozialen 631 und der Spitzenkandidat der Parteilosen 227 Stimmen erhält. Insgesamt entfallen auf die Kommunisten 1.850, die Sozialisten 1.601, die Christlich-Sozialen 1.378 und die Parteilosen 502 Stimmen.

Auf dieser Versammlung wie auf der für den folgenden Tag einberufenen Delegiertenkonferenz, an der 400 Delegierte aus den acht Kreisen des Landeskommissarbezirks Konstanz teilnehmen, werden der Tätigkeitsbericht Eckerts sowie die von ihm entworfenen Punkte des Aktionsprogramms untergrößter allgemeiner Zustimmung aufgenommen.

In den folgenden Wochen werden Kundgebungen des *Neuen Deutschland* in Offenburg (8.12.), Meersburg (15.12.), Konstanz (16.12.), Überlingen (16.12.), Säckingen (17.12.) und Singen (18.12.) abgehalten, auf denen die Vertreter der Kommunisten, Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen sprechen, entsprechend den Zielen der Bewegung, die antifaschistischen Massen für den demokratischen Aufbau eines neuen Deutschlands zu mobilisieren und zu aktivieren.

Durch die lang erwartete, mit der Verordnung Nr. 23 vom 13. Dezember 1945 offiziell vollzogene, jedoch erst mit der Veröffentlichung im „*Bulletin Officiel*“ Nr. 14 vom 15. Januar 1946 bekanntgemachte Zulassung von Parteigründungen in der Französischen Zone, verändert sich die Situation der antifaschistischen Bewegung. Das christlich-soziale Präsidiumsmitglied Dr. Hoffmann legt als erstes seine Ämter innerhalb des *Neuen Deutschlands* nieder. Das Ende der antifaschistischen Volksfrontbewegung ändert jedoch nichts an dem in beiden Arbeiterparteien vorhandenen Willen, eine Aktionseinheit über den Rahmen des demokratischen Einheitsblocks hinaus in einer einheitlichen sozialistischen Partei zu schaffen.

Hatten Kommunisten und Sozialisten schon in der Bewegung *Das Neue Deutschland* einträchtig neben- und miteinander politisch gearbeitet, so kommt es nach der getrennten Wiedegründung der Kommunistischen Partei und der Gründung der Sozialistischen Partei in Südbaden darauf an, dem Willen der überwältigenden Mehrheit ihrer Parteigänger zu entsprechen und eine auch organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien herbeizuführen.

Der erste Aufruf der badischen Landesleitung der Kommunistischen Partei in der französischen Zone beschäftigt sich ausführlich mit den Zielen der zu schaffenden Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Dieser von Erwin Eckert verfaßte und am 13. Juli 1946 anlässlich der Konstituierung der süddeutschen Landesleitung beschlossene Aufruf der kommunistischen Partei unter dem

Titel „Arbeit-Freiheit-Frieden“⁴⁹ soll hier in seinen wesentlichen Teilen wiedergegeben werden, weil er die historischen Erfahrungen aus der Periode der Weimarer Republik und der faschistischen Herrschaft aus der Sicht der Kommunisten und ihres Wortführers in Südbaden, Erwin Eckert, widerspiegelt.

Einleitend heißt es in dem Aufruf: „Nach 12 Jahren brutaler Verfolgung und Unterdrückung treten die Kommunisten, die unversöhnlichsten Gegner des Nationalsozialismus und der Reaktion, deren Kampf gegen die Terrorherrschaft Hitlers auch in der Illegalität nie aufgehört hat, wieder in aller Öffentlichkeit vor das deutsche Volk, um ihm den Weg zu zeigen aus dem furchtbaren Elend der Gegenwart in eine bessere Zukunft“.

Der erste Teil des Aufrufs erinnert daran, wie es zur politischen Herrschaft des Faschismus hatte kommen können: „Umsonst warnten die Kommunisten bei der Wahl 1932: ‚Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!‘ Vergeblich versuchten sie immer wieder die gemeinsame Abwehrfront der Werktätigen, ja aller Antifaschistengegen die drohende Hitlerdiktatur der Schwer- und Rüstungsindustrie, der Großgrundbesitzer und der Militaristen zu errichten. Die bürgerlichen Parteien paktierten mit dem Nationalsozialismus, sie halfen ihm in den Sattel, sie sahen in Hitler den gottgesandten Retter gegen das ‚Schreckgespenst‘ des Bolschewismus, sie bejubelten ihn als den Retter der abendländischen Kultur. 11 Millionen Deutsche halfen damals dem Verderber unseres Vaterlandes und halfen ihm so bis an die Stufen der Macht. Aber selbst damals war es nicht zu spät. Noch konnte die Errichtung der kapitalistisch-militaristischen Diktatur unmöglich gemacht werden, wenn ihr nach dem Vorschlag der Kommunistischen Partei die geeinte Macht der um ihre demokratischen Rechte betrogenen Massen der Arbeiter und Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz entgegengesetzt wurde. Die Kommunistische Partei forderte noch am Tage der sogenannten Machtergreifung durch Hitler, am 30. Januar 1933, die Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zum Generalstreik und zur gemeinsamen Aktion des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes auf, um den Frontangriff des Faschismus gegen die Arbeiterklasse niederzuschlagen, den imperialistischen Krieg unmöglich zu machen und einer wirklichen Demokratie den Weg zu bereiten. Die damaligen Gewerkschaftsführer aber ließen durch den Rundfunk die Parole ausgeben: ‚Kein Generalstreik, Hitler nach den Spielregeln der Demokratie abwirtschaften lassen‘. So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Die Kommunistische Partei wurde am Tage nach dem von Göring inszenierten Reichstagsbrand ausgeschaltet, 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet, viele von ihnen ermordet. Bald darauf wurden die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Sozialdemokratische Partei aufgelöst, viele ihrer führenden Männer verhaftet, das Eigentum der Arbeiterorganisationen gestohlen oder vernichtet. Die bürgerlichen Parteien aber stimmten damals geschlossen dem Ermächtigungsgesetz Hitlers, dem Todesurteil der Weimarer demokratischen Verfassung, zu, lösten sich selbst auf und ließen ihre Abgeordneten in den Fraktionen der NSDAP des Reichstags, der Landtage und der kommunalen Vertretungen mitarbeiten. Die faschistische Gewaltherrschaft hatte durch Lüge und Betrug, durch Terror, Blut und Mord trotz des opferbereiten Kampfes des entschlossensten Teils der Arbeiterschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei gesiegt“.

Nach dieser Darstellung der Entstehungsgeschichte der politischen Herrschaft des Faschismus zieht der Aufruf der Kommunisten in der französischen Zone Baden Bilanz aus den zurückliegenden 12 Jahren: „Die Katastrophe begann: Österreich wird annektiert, das Sudetenland besetzt, die Tschechoslowakei in Stücke gerissen, Polen erobert und unterdrückt und dadurch der neue Weltkrieg heraufbeschworen. England und Amerika werden zum Kriege gezwungen; Dänemark, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Holland, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland überrannt und ausgeplündert. Das größte Verbrechen aber und sogleich der verhängnisvollste Irrtum war der gemeine und hinterhältige Überfall der Hitlerclique auf die Sowjet-Union, die

⁴⁹ *Arbeit – Freiheit – Frieden*. Aufruf der Kommunistischen Partei in der französischen Zone Land Baden vom 13. Januar 1946, Punkt 13, in: Privatarchiv Erwin Eckert.

nie einen Krieg mit Deutschland wollte und den Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit Deutschland ehrlich hielt und erfüllte. Ungeheuerlich sind die Gräueltaten, die in den besetzten Ländern verübt wurden. Raub, Mord, Plünderung und Deportation wurden zum System erhoben, um ganze Völker auszurotten. In der Todesindustrie der Konzentrationslager wurden Millionen Menschen vernichtet, bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, in Stücke geteilt, mit Knütteln erschlagen, erschossen, erstochen oder gehenkt.

Millionen gefallener Soldaten nicht nur in Deutschland, Soldaten aller Völker der Welt klagen die Friedensbrecher, die Schuldigen des Hitlerkrieges an ... Deutschland liegt zerschmettert am Boden, machtlos, zerrissen, hilflos, dem Elend seiner zerstörten Wirtschaft, dem Hunger und der Not ausgesetzt, von den Völkern der Welt verachtet, weil es Hitler zujubelte – Schmach liegt auf uns und Schande, weil wir dieses grauenvolle System der Nazi Herrschaft nicht aus eigener Kraft vernichten konnten“.

Zwar konnten die Deutschen sich nicht „aus eigener Kraft“ von der Barbarei des Faschismus befreien, jedoch gab es einen deutschen Widerstand, dessen stärkste Schicht stets ihrem Selbstverständnis nach „marxistische“ Gruppen gewesen waren⁵⁰. Mit Recht weist der Aufruf auf die überragende Rolle der Kommunisten im Widerstandskampf gegen den Faschismus hin: „Wir Kommunisten haben unserem Volk die Folgen der Hitlerherrschaft vorausgesagt. Wir haben dem Nationalsozialismus nie Zugeständnisse gemacht und seine Betrugsmanöver entlarvt. Tausende unserer Besten sind als Opfer im Kampf gegen die braunschwarzen Parteiarmeen der SA und SS gefallen und ihrer Überzeugung willen in die Kerker der Gestapo, in die Gefängnisse, die Zuchthäuser und Konzentrationslager gewandert und mit ihnen Kameraden der Sozialdemokratischen Partei, die Gewerkschaften, aber auch aufrechte Männer und Frauen aus den christlichen Kreisen, Geistliche und Laien, die zu spät gemerkt hatten, welcher zerstörenden Macht sie durch die Duldung der Faschisten vor 1933 den Weg freigaben. Diesen Helden des Widerstandes gegen die Pest des Hitlerfaschismus verdankt es unser Volk, wenn in der Welt noch ein Rest von Vertrauen auf ein anderes besseres Deutschland vorhanden ist“.

Weil die deutschen Oberschichten, anders als in Italien, auch nachdem die Niederlage des Faschismus unmittelbar erkennbar war, sich nicht dazu entschließen konnten, dem Faschismus ihre Unterstützung zu entziehen und in letzter Stunde zu retten, was noch zu retten war, wurde die gewaltsame Befreiung des deutschen Volkes durch die alliierten Truppen notwendig. „Die vereinten Nationen, an der Spitze die Sowjet-Union, England, Amerika und Frankreich, haben dem Hitlerwahnsinn ein Ende bereitet. Rote Armee und die Armeen der Alliierten haben die Menschheit von der Barbarei des Faschismus erlöst, den Hitlerstaat, das Machtinstrument des Monopolkapitalismus in Deutschland, zertrümmert und damit unserem Volk den Weg freige-macht zu einer neuen Demokratie.“

Nach diesem historischen, rückblickenden Teil folgt ein programmatischer, in die Zukunft weisender Teil, in dem die Kommunisten der französischen Zone Baden die wichtigsten und dringendsten Aufgaben, deren Verwirklichung die unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands bildet, der Öffentlichkeit in einem 15 Punkte-Programm unterbreiten.

Die „Aufrichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik“ und die „Wiedererrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltung“ setzt voraus, daß „alle nationalsozialistischen Aktivisten, alle reaktionären Steigbügelhalter des Faschismus, die Nutznießer und Geschäftemacher des Krieges, auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP waren, und alle Militaristen ... aus der Verwaltung und Industrie, dem Handel, dem Handwerk und der Landwirtschaft zu entfernen“ sind.

⁵⁰ Vgl. Wolfgang Abendroth, Der deutsche politische Widerstand gegen das „Dritte Reich“, in: *Stimme der Gemeinde*, 14/15/1964, Sp. 425 ff.

„Die Ausschaltung der Gegner einer neuen Demokratie ist eine unabdingbare Voraussetzung für den zuverlässigen Neuaufbau unseres Staates“. Der Aufruf fordert daher ein „Reinigungsgesetz, das die Kriegsverbrecher und nationalsozialistischen Aktivisten nach deutschem Recht zur Verantwortung zieht“. Die Säuberung soll jedoch Rücksicht nehmen auf die „unter behördlichem oder wirtschaftlichem Druck in die NSDAP Eingetretenen, der aus ihr wegen Widerstand gegen die Partei Ausgetretenen und derer, die nachweislich Gegner des Nationalsozialismus unter Einsatz ihrer Existenz vor dem Zugriff der Gestapo geschützt haben“. „In Verwaltung und Wirtschaft müssen zuverlässige Demokraten und Antifaschisten maßgebend sein, gleichgültig, welcher Partei sie angehören“.

Über die Ausschaltung nationalsozialistischen und antidemokratischen Einflusses in Wirtschaft und Verwaltung hinaus fordern die Kommunisten die „entschädigungslose Enteignung der Kriegsverbrecher, der nationalsozialistischen Aktivisten, der Kriegshetzer und der Kriegsgewinnler“. Ihre Vermögen sollen für den Wiederaufbau verwendet, ihre Betriebe und Immobilien im Auftrag der Gemeinden oder Kreise durch Genossenschaften verwaltet werden.

In den wirtschaftlichen Programmpunkten wird im landwirtschaftlichen Sektor, der für die französische Zone Baden, die wesentlich agrarisch und strukturell durch Großgrundbesitz bestimmt ist, besonders wichtig ist⁵¹, verlangt, daß der „private Großgrundbesitz über 100 Hektar ... mit lebendem und totem Inventar ohne Entschädigung enteignet, in Bauernwirtschaften aufgeteilt und den bisherigen Pächtern, den besitzlos gewordenen Bauern und Ostflüchtlern übergeben wird.“ Ackerboden ist Volksgut und darf nicht mehr länger Spekulationsobjekt oder Rentenquelle sein. Wer kein Land bebaut, soll auch kein Land besitzen“.

„Wirtschaftsdemokratie“ ist der Generalnenner, auf den sich die wirtschaftspolitischen Forderungen der Kommunisten Südbadens bringen lassen⁵²: „Die Bodenschätze, die Bergwerke, die Schlüsselindustrien und alle wichtigen Unternehmungen müssen Gemeingut des Volkes werden. Alle Betriebe, die lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke usw.), müssen in die Verwaltung des Staats oder der Gemeindeübergehen“.

Die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft sind von Grund auf umzubauen und alle an der Produktion beteiligten Gruppen, die Unternehmer wie die Angestellten und Arbeiter gemäß ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß entsprechend einzuordnen. „Eine umfassende Planung Lenkung und Kontrolle der Produktion unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften hat dafür zu sorgen, daß die Rohstoffe, Maschinen, Arbeitskräfte nicht privatkapitalistischen Gewinnabsichten, allein der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung dienen und der Wiedergutmachung der in den besetzten Ländern verursachten Schäden.“ Konsumgenossenschaften sollen gegründet und ausgeweitet werden. Bäuerliche Produktivgenossenschaften sollen unterstützt und gefördert werden, „wo sie sich bilden“.

⁵¹ Von 245.938 Bauernwirtschaften waren 60 bis 65% unter 2 Hektar, während 594 Großbetriebe (0,23%) über 100 Hektar besaßen. Dieser Fürst von Fürstenberg, die Freiherren, Grafen, Erbprinzen usw. besaßen 106.108 Hektar Land. Vgl. *Volkszeitung*, Singen vom 30. März 1946, *Der neue Tag*, Offenburg vom 11. November 1946 sowie die spätere Debatte im Badischen Landtag und die Stellungnahme des kommunistischen Fraktionssprechers, Erwin Eckert, in: *Unser Tag*, *Volkszeitung für Baden* vom 3. März 1948.

⁵² Es ist der KPD leise und pauschal der Vorwurf gemacht worden, im Zeichen der Volksfront nach 1945 kein klares Bekenntnis zum Sozialismus abgelegt zu haben. Siehe Ossip Karl Flechtheim, *Die KPD nach 1945*, in: *Der Politologe*, Oktober 1966, S. 4. Für den südbadischen Aufruf der KPD und allgemein für die unter Erwin Eckert ausgerichtete Politik des Landesvorstandes in der französischen Zone Badens trifft dieser Vorwurf nicht zu. Statt abstrakter „Bekanntnisse“ zum Sozialismus, an denen es im Übrigen auch nicht gefehlt hat, enthält der Aufruf konkrete politische Ziele und Maßnahmen, die, wenn sie gemeinsam mit der SPD angestrebt und verwirklicht worden wären, der Sache des Sozialismus sicher einen größeren Dienst erwiesen hätten als abstrakte „Bekanntnisse“ zum Sozialismus, die, weil sie zur Wirklichkeit keinerlei Bezug haben, nur allzu schnell zur Anpassung an bloß bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse und zur bloßen Phraseologie herabsinken.

Das Kernstück der geforderten Neuordnung der Finanzen ist ein „gestaffeltes Steuersystem, das die Reichen belastet und die Bedürftigen schont“. Die Privatbanken sollen in staatlich kontrollierte Geldinstitute umgestaltet werden. Auf sozialpolitischem Gebiet fordern die Kommunisten Südbadens beschleunigten „Wiederaufbau und Vereinheitlichung der Sozialversicherungen, durch die die Bezüge aller Gruppen der Sozial-, Alters- und Invalidenrentner sichergestellt sind“.

Verfassungs- und rechtspolitisch fordern die Kommunisten: „Herstellung aller demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, die nur durch die ordnenden, von den Parlamenten angenommenen Gesetze ihre Grenzen finden. Schutz der freien Persönlichkeit des Staatsbürgers vor Willkür und Gewalt! Vereins-, Versammlungs-, Koalitions-, Rede-, Presse- und Lehrfreiheit! Rücksichtnahme auf die Ansichten von Minderheiten. Schaffung eines neuen, dem Geiste einer wahrhaften Demokratie entsprechenden Rechts, Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Abstammung vor dem Gesetz, Heranziehung von besonders vorgebildeten Volksrichtern, auch von Frauen, in der Rechtsprechung neben beamteten Juristen, Umbau des Gerichtswesens und Neuordnung des Strafvollzugs“.

Auf dem erziehungspolitischen Sektor tritt der Aufruf für die Brechung des Bildungsmonopols der herrschenden Schichten ein und fordert den „Aufbau eines neuen demokratischen Schul-, Erziehungs- und Bildungswesens, der den unbehinderten Übergang von der Grundschule zur mittleren und höheren Schule und von da an zu den Hochschulen und Universitäten ermöglicht. Allen begabten Kindern unseres Volkes muß ohne Rücksicht auf die soziale Stellung der Eltern der Weg zur höchsten Bildung offenstehen und wirtschaftlich gesichert sein“.

Bei gleichzeitigem Bekenntnis zu den Grundsätzen der vollen Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit tritt die Kommunistische Partei in der französischen Zone Baden konsequent für die „Trennung von Staat und Kirche“ ein.

Durchaus in Fortsetzung der Tradition der Arbeiterbewegung lehnen die Kommunisten in der französischen Zone Badens alle separatistischen und partikularistischen Bestrebungen ab und setzen sich leidenschaftlich „für die nationale, politische und wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reiches“ ein.

Wie können nun die Programmpunkte des kommunistischen Aufrufs, die das Ergebnis der bitteren Erfahrungen mit dem Untergang der Weimarer Demokratie und deren Transformation in den Faschismus sind, verwirklicht werden? Der von Erwin Eckert verfaßte und vom Landesvorstand der Kommunistischen Partei in Südbaden beschlossene Aufruf gibt darauf die folgende Antwort: „Der Einheitsblock der demokratischen antifaschistischen Parteien bietet die Gewähr dafür, daß der Neuaufbau Deutschlands von Grund auf durchgeführt wird, daß die Fehler der Weimarer Demokratie sich nicht wiederholen, daß die wirtschaftliche und politische Macht der kapitalistischen und militaristischen Reaktion dieses Mal endgültig ausgeschaltet, jeder Versuch getarnter Nationalsozialisten, auf die Geschicke unseres Volkes irgendwelchen Einfluß zu gewinnen, unmöglich gemacht und jede Kriegshetze und Spekulation auf Zerwürfnisse zwischen den Siegermächten im Keim erstickt wird“.

Unabdingbare Voraussetzung der Sicherung der neuen Demokratie ist es vor allem, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen. Die Kommunistische Partei in der französischen Zone Baden ist daher der Ansicht, „daß das Rückgrat der demokratischen Aufbaufront durch die Aktionsgemeinschaft der Kommunisten und Sozialdemokraten gebildet wird. Aus ihr muß sich im gemeinsamen Kampf die Sicherung der Demokratie, die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung, die große Partei der deutschen Arbeiterklasse, die Partei des deutschen Volkes entwickeln“.

Aus diesen Leitsätzen geht hervor, daß die zu schaffende einheitliche sozialistische Partei nicht das Ergebnis administrativen Zwangs, sondern gemeinsamer politischer Praxis sein muß. Den Bedenken mancher Sozialdemokraten tritt die Kommunistische Partei mit der Erklärung und

Versicherung entgegen, daß sie ihre politischen Ziele „frei und unabhängig von jeder ausländischen Macht verfolge.“

Mit diesem Aufruf, der für den Landesvorstand von Erwin Eckert, Gerhard Wohlrath, Dr. Karl Bittel, Kurt Hilbig, Rudi Goguel, Fritz Zink, Jakob Treffeisen, Käthe Seyfried und Dr. Walter Kunze unterzeichnet ist, hatte der Landesvorstand der Kommunistischen Partei in der französischen Zone Baden den Weg zur Schaffung einer Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialisten in Südbaden geebnet.

Die Antwort der Sozialistischen Partei (SP) erfolgt auf der ersten Landeskonferenz der Sozialistischen Partei Südbadens und Südwürttembergs am 16. und 17. Februar 1946 in Villingen/Schwarzwald, die folgende Resolution einstimmig (!) annimmt: „Die Landeskonferenz der SP Badens gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die organisatorische Vereinigung der auf dem Boden des Sozialismus stehenden Volksschichten die Voraussetzung bildet zur Lösung der schwierigen Aufbauprobleme im Geiste einer sozialen Demokratie und zur völligen Ausrottung des verbrecherischen nazistischen und militaristischen Geistes, der Deutschland zu einem wirtschaftlichen und geistigen Trümmerhaufen verwandelte und die Welt in eine Katastrophe stürzte, wie sie die Menschheitsgeschichte bisher nicht kannte. Die bewährten programmatischen Grundsätze des Sozialismus bilden die Grundlage der Einigung und der Vereinigung aller deutschen Sozialisten, die guten Willens sind und die Notwendigkeit einer Einheitsfront aus den Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre erkannt haben.“⁵³ Außerdem beschließt die Landeskonferenz eine Erklärung, in der die „politischen Gesinnungsfreunde in der kommunistischen Partei“ aufgefordert werden zu versichern, daß sie ihre Politik „völlig unabhängig von fremden Einflüssen“ selbst bestimmen. Die Anerkennung dieses Grundsatzes schaffe „die Voraussetzung des organisatorischen Zusammenschlusses in sehr naher Zeit“. Bis dahin verpflichtete sich die Sozialistische Partei, „in ihrer agitatorischen Arbeit nichts zu unternehmen, was die zu schaffende sozialistische Einheitsfront erschweren könnte“⁵⁴.

Die Kommunistische Partei Südbadens wiederholt ihre Erklärung vom 13. Januar 1946, in der sie die Unabhängigkeit von irgendeiner ausländischen Macht bereits feststellte, auf ihrem Landesparteitag in Karlsruhe, der am 9. und 10. März 1946 stattfindet. Im Übrigen scheint die Sozialistische Partei ihre Befürchtung hinsichtlich der Abhängigkeit der Kommunistischen Partei Südbadens von fremden, gemeint sind sowjetische, Einflüssen selbst nicht sehr ernstgenommen zu haben. Denn bereits am 7. März 1946 kommt es zu einer gemeinsamen Tagung der Landesvorstände der Sozialistischen und Kommunistischen Partei in der französischen Zone Baden in Freiburg, auf der ein entsprechender Beschluß zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien gefaßt wird: „Die Landesvorstände der SPD und der KPD, Land Baden (Französische Zone) beschließen einen Ausschuß zu bilden zur Beratung aller wichtigen Fragen des Aufbaus der neuen Demokratie und zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien, die die Voraussetzung ist für den Sieg des Sozialismus.“⁵⁵ Erwin Eckert, der maßgeblich am Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligt ist, unterzeichnet zusammen mit Karl Bittel, Max Faulhaber und Gerhard Wohlrath für den Landesvorstand der KPD Südbadens. Für den Landesvorstand der Sozialistischen Partei (SP) unterzeichnen Philipp Martzloff, Franz Geiler, Fritz Schieler und Wilhelm Engler.

Um alle noch verbliebenen Vorbehalte gegenüber der Kommunistischen Partei Südbadens zu beseitigen, beschließt der Karlsruher Landesparteitag der KPD in einem von Erwin Eckert eingebrachten und vom Landesparteitag einstimmig (!) beschlossenen „Manifest der Kommunisten Badens“: „Die Kommunistische Partei Deutschlands verfolgt ihre Ziele frei und unabhängig von

⁵³ zit. nach: Karl Bittel, Die Bewegung zur Aktionseinheit und Einheitspartei in Südbaden 1945/1946, in: *Unsere Zeit*, Beiträge zur Geschichte nach 1945, 2/1961, S. 174.

⁵⁴ Ebenda, S. 174.

⁵⁵ Ebenda, S. 174 f.

jeder ausländischen Macht. Sie steht weder im Dienst der Engländer noch der Sowjet-Union, weder der Amerikaner noch Franzosen. Sie orientiert sich weder nach dem Osten noch nach dem Westen, sondern einzig und allein nach dem, was unserem Volke aus seiner Not heraushilft und der Erhaltung des Friedens dient. Sie tritt daher allen Versuchen, den Frieden durch Gerüchte über angeblich unüberwindliche Gegensätze zwischen den Alliierten zu stören entgegen und setzt sich rückhaltlos dafür ein, daß die Beschlüsse und Anordnungen der Besatzungsbehörden legal erfüllt werden“.⁵⁶

Hier wird der von der KP Südbadens unterstützte Versuch Erwin Eckerts deutlich, den wieder-auflebenden ‚Kalten Krieg‘, der lediglich durch das Kriegsbündnis gegen den Faschismus unterbrochen worden war, und der nun nicht nur Deutschland, sondern auch die deutsche Arbeiterbewegung entgegen den sich darin entfaltenden Tendenzen zur Einheit zu spalten droht, so weit wie möglich von deutschem Boden fernzuhalten, damit der Neuaufbau Deutschlands von Grund auf ungestört vollzogen werden kann.

Um dieser bedrohlichen Lage zu entgehen und der Spaltung der Arbeiterbewegung und Deutschlands entgegenzuwirken, tritt das „Manifest der Kommunisten Badens“ umso entschiedener für die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei ein. An der Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit der von Erwin Eckert eingebrachten und vom Landesparteitag der KPD Südbadens am 9./10. März 1946 einstimmig beschlossenen EntschlieÙung ist nicht zu zweifeln: „Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung der neuen deutschen Demokratie und der Ordnung in Europa. Wir Kommunisten erstreben darum aufrichtig den politischen und organisatorischen Zusammenschluß der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei Deutschlands, die Vereinigung aller wahrhaftigen Sozialisten zu einer einzigen großen Partei. Wir reichen den sozialdemokratischen Genossen die Hand. Es dürfte in der völlig neuen Situation, in der wir uns nach der Zertrümmerung des Hitlerstaates, des Machtinstruments des Monopolkapitalismus in Deutschland, befinden, keine wesentlichen Punkte mehr geben, in denen sich die sozialdemokratische und kommunistische Taktik in Kampf um das gemeinsame Ziel der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung scheiden. Wir Kommunisten und mit uns alle aufrechten Sozialisten kämpfen dafür, daß es in unserem Volke keine Ausbeutung der Arbeit mehr gibt, keine Unterdrückung der Freiheit, keine Bereitschaft zu neuen Kriegen. Wir kämpfen für die sozialistische Ordnung, aus der die sinnvolle Gestaltung des Lebens für alle, die Gemeinschaft der Völker und der Friede der Welt erwächst. Im Kampf um die Verwirklichung dieser hohen Ziele haben Tausende unserer Besten ihr Leben geopfert, die ohne Furcht vor Folterung und Tod dem Hitlerterror trotzten. Wir vergessen keinen von ihnen. Wir kämpfen weiter!“⁵⁷

Die *Rhein-Neckar-Zeitung*, die dieses Eckert'sche „Manifest der Kommunisten Badens“ in vollem Wortlaut abdruckt, verzeichnet in ihrer Ausgabe vom 13. März 1946 „stürmischen Beifall“, als Erwin Eckert von der „Tätigkeit der KPD Südbadens und erfolgreicher Zusammenarbeit mit der sozialistischen Bruderpartei“ vor dem Landesparteitag berichtet.

Daß diese begeisterte Zustimmung für eine einheitliche sozialistische Partei keineswegs auf die kommunistische Partei in Südbaden beschränkt ist, sondern breiteste Teile der Sozialistischen Partei in der französischen Zone bestimmt, wird auch von der bürgerlichen *Badischen Zeitung* in ihrem Kommentar und Bericht vom 19. März 1946 bestätigt: „Daß für die politische Einigung der sozialistischen Arbeiterparteien viele Vernunftgründe sprechen, ist ebenso unbestreitbar wie daß diese Einigung auch den natürlichen ursprünglichen Wünschen der meisten überzeugten Sozialisten entspricht ... Daß es für die Zukunft des Landes ein Vorteil wäre, wenn

⁵⁶ Erwin Eckert, Manifest der Kommunisten Badens, Flugblatt, in: Privatarchiv Erwin Eckert. In den umfanglichen in der DRR erschienenen Dokumentationen zur Einheit ist diese EntschlieÙung bisher nicht abgedruckt worden.

⁵⁷ Zit. nach: *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 13. März 1946; Bericht über den Parteitag ebenda. Das „Manifest“ wurde als Flugblatt in hoher Auflage verbreitet.

einmal eine einheitliche und große sozialistische Partei auf der Linken ohne innere Konkurrenz den Kampf für Sozialismus und Demokratie führen könnte, wissen nicht nur die Arbeiter“⁵⁸.

Politisch manifestiert sich der in beiden Arbeiterparteien vorhandene gemeinsame Wille zur Aktionseinheit und Einheitspartei noch einmal auf dem ersten Landesparteitag der KPD Südbadens, der gleichsam auf dem Scheitelpunkt der Bewegung für eine einheitliche sozialistische Partei in Südbaden am 30./31. März 1946 in Singen stattfindet. Als Gast begrüßt seitens der Sozialistischen Partei (SP) Professor Dr. Franz Kirchheimer (Konstanz), Landeskommissar für die Entnazifizierung, den Parteitag. Er sagt u. a.: „Niemals wieder die Fehler von 1918, damals haben wir die erste Schlacht verloren. Genossen und Genossinnen, sorgen wir dafür, daß wir heute nicht die gleichen Fehler begehen. Leider sind nach den 12 Jahren Faschismus die beiden Arbeiterparteien getrennt wieder aufmarschiert. Aber das soll kein Grund sein und darf nicht Ursache werden, daß wir nicht auf das engste zusammenarbeiten, denn die alte Parole der sozialistischen Partei: ‚Der Feind steht rechts!‘ gilt auch heute noch, ja, sie gilt mehr denn je. Die Reaktion marschiert, seien wir uns dessen bewußt, ziehen wir aus dieser Tatsache die Konsequenzen und schließen die Reihen.“⁵⁹

Auf dem gleichen Parteitag wird Erwin Eckert, Wortführer der Einheitsbestrebungen, einstimmig zum ersten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei in der französischen Zone Baden gewählt. Das Parteitagsreferat von Erwin Eckert behandelt die sozialistische Einheitsbestrebung in Südbaden – nach dem Bericht des *Südkurier*⁶⁰ informiert Eckert den Parteitag über die erfreulichen Beschlüsse des sozialistischen Parteitags in Villingen, zur Aktionsgemeinschaft und zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses der beiderseitigen Landesvorstände in Freiburg. Die nächsten Schritte zur organisatorischen Vereinigung seien örtliche Aktionsausschüsse, gemeinsame öffentliche Mitgliederveranstaltungen, Funktionärsschulung und am 1. Mai machtvolle Kundgebungen zusammen mit den Gewerkschaften. Die Vorbereitungen seien so weit gediehen, daß man jetzt an die Aufstellung und Beratung eines Programms und Statuts der sozialistischen Einheitspartei gehen könne. Nach gründlicher Durchberatung in den beiden Mitgliedschaften solle dann die Abstimmung auf beiderseitigen Parteitagen vorgenommen werden.

Im April 1946 wird Eckert als Staatsrat in die provisorische Regierung Südbadens berufen⁶¹, im November 1946 wird Eckert als Staatskommissar für den Wiederaufbau Mitglied des ersten badischen Kabinetts. Zeigt sich an dieser Berufung Erwin Eckerts, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei, den sie dank ihres moralischen und politischen Kredits in dieser Zeit besitzt und der weit über die eigenen Mitglieder hinaus reicht – am 1. Juli 1946 waren beim Innenministerium und der Militärregierung 160 Ortsabteilungen angemeldet, die rund 5.000 Mitglieder erfassen⁶² –, nicht so schnell zurückgedrängt werden kann, so gerät die Bewegung für die einheitliche sozialistische Partei ab April 1946 merklich ins Stocken.

Ausschlaggebend für die Zersetzungserscheinungen innerhalb der bereits bestehenden Einheitsfront dürften das Zögern des SP-Landesvorstandes, der unter den verstärkten Druck von

⁵⁸ *Badische Zeitung* vom 19. März 1946, zit. nach: K. Bittel, a. a. O., S. 176.

⁵⁹ Zit. nach: Resolution für die Einheit der sozialistischen Arbeiterschaft, verabschiedet auf dem 2. Parteitag der KPD Südbadens am 17./18. August 1947 in Lörrach, in: Privatarhiv Erwin Eckert. In der bei Bittel (a. a. O., S. 177) zitierten Äußerung Kirchheimers sind nicht ganz unwichtige Sätze, die das Bedauern Kirchheimers über das getrennte Aufmarschieren der beiden Arbeiterparteien ausdrücken, gestrichen, ohne daß diese Auslassung von Bittel kenntlich gemacht wird. Da angenommen werden kann, daß Bittel der vollständige Text vorgelegen hat, muß hinter dieser Kürzung ein politisches Motiv vermutet werden. Noch die Retuschierung enthüllt den Tatbestand, daß es in der KP auch Südbadens Kräfte gab, die mehr Gewicht auf die Eigenständigkeit als auf die Einheit legten. Diese Kräfte gewannen zunehmend Einfluß und Geltung. Erwin Eckert hat nie zu ihnen gezählt.

⁶⁰ *Südkurier* vom 9. April 1946.

⁶¹ Diese Tatsache ist die einzige Gelegenheit, bei der die „Geschichte der Arbeiterbewegung in acht Bänden“, Berlin (DDR) 1966, Band 6, S. 102, Erwin Eckert erwähnt.

⁶² Bericht des Landesvorstandes (Erwin Eckert) der KPD, Land Baden vom 17. August 1946, in: Privatarhiv Erwin Eckert.

Seiten der einheitsfeindlichen SPD-Parteizentrale unter Kurt Schumacher gerät, und gewisse Einheitshemmungen, die in der KP Südbadens selbst bestehen, sowie administrative Interventionen der französischen Militärregierung, die die einheitswilligen Kräfte in beiden Parteien schwächen, und die abschreckende Wirkung, die vom Vereinigungsparteitag in der sowjetisch besetzten Zone am 21./22. April 1946 in Berlin ausgeht, gewesen sein.

Schließlich ist mit dem Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition der Antikommunismus wieder aufgelebt, der, von der SPD nicht nur nicht abgewehrt, sondern teilweise geteilt und gefördert, wesentlich zum Auseinanderbrechen der Einheitsfront in Südbaden beiträgt.

Anfang April 1946 wird das seit dem 15. März 1946 bestehende Einheitsorgan der Arbeiterorganisationen, die *Volkszeitung* in Singen, deren Impressum „Organ der Werktätigen, Gewerkschaften und Genossenschaften, herausgegeben vom Aktionsausschuß der SP, KP und den Gewerkschaften“ lautet, durch Intervention des französischen Ministers Léon Blum „als Einheitsorgan der beiden Parteien“ ab sofort verboten. Die auf die Einheitsfront hinweisenden Angaben im Impressum haben zu verschwinden, und die sozialdemokratischen Redakteure müssen sofort ausscheiden. Trotz telegraphischer Proteste der KP an die KPF und seitens der SP an die SFIO bleibt das Verbot der französischen Militärkommandantur in Konstanz aufrechterhalten.

Auch im Aktionsausschuß, der die endgültige Vereinigung der beiden Parteien vorbereiten soll, kommt es zu Auseinandersetzungen. In einem Brief Philipp Marzloffs vom Landesvorstand der SP an die Kommunistische Partei, Land Baden, vom 20. März 1946, hatte dieser sich bereits über die Art beschwert, in der die gemeinsame Entschließung vom 20. März von den Kommunisten im Lande ausgewertet worden sei. Die Verbreitung von Flugblättern, auf denen neben der Freiburger Entschließung auch das Manifest der Kommunisten Badens abgedruckt worden sei, sei einer baldigen Einheit, die auch vom SP-Landesvorstand gewünscht werde, eher hinderlich als förderlich gewesen⁶³.

In dem von Erwin Eckert verfaßten Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes der Kommunistischen Partei Südbadens vom 17. August 1946 wird selbstkritisch für das Scheitern der Einheitsparteien das Bestreben der KP genannt, die Vereinigung durch Veröffentlichung und teilweise Übertreibung der mit den Sozialisten getroffenen Vereinbarungen zu „erzwingen“, was einen starken Druck der einheitsfeindlichen Elemente in der SP und ganz besonders eine starke Einflußnahme der französischen sozialistischen Partei auf die Entscheidungen des Badischen Landesvorstandes der SP hervorgerufen habe.⁶⁴

Zu den Spaltungstendenzen mancher Sozialdemokraten, die darauf drängen, den Anschluß an Hannover zu vollziehen und durch getrenntes Auftreten bei Wahlen den Abstand zur KP zu vergrößern, treten Tendenzen innerhalb der KP, die zur Vertiefung der Spannungen zwischen beiden Landesvorständen beitragen. Zu diesen Momenten innerhalb der KP zählt der Tätigkeitsbericht der KP vom 17. August 1946 die „politische Unorientiertheit eines Großteils der KP-Mitglieder, die in den vergangenen 12 Jahren die Verbindung zur Partei verloren haben und die alte Politik durchsetzen möchten“⁶⁵. Die uneinheitliche Willensbildung innerhalb der KP wird durch den organisatorischen Aufbau der KP gefördert, die auf Grund allgemeiner Richtlinien von der Schaffung einer eigenen Parteileitung für Südbaden Abstand genommen hatte. Dies führte dazu, daß in den wichtigsten Orten wie Freiburg, Singen, Lörrach und Rastatt eine selbständige Politik und unterschiedliche Parteiarbeit geleistet wurde und keine autorisierte Leitung vorhanden war, um die Gesamtarbeit zu koordinieren.⁶⁶ Das Ergebnis dieser vielfältigen Faktoren ist zunächst die bloße Tendenz zum Rückzug des SP-Landesvorstandes aus dem Aktionsausschuß, obwohl die Massen weiterhin an den Einheitsbestrebungen festhalten. Dies

⁶³ Brief Philipp Marzloffs an die KPP, Land Baden, vom 20. März 1946, in: Privatarchiv Erwin Eckert.

⁶⁴ Bericht des Landesvorstandes der KP, Land Baden, vom 17. August 1946, in: Privatarchiv Erwin Eckert.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Ebenda.

geht etwa noch aus einem Beschluß der Betriebsversammlung der Rhodiaseta A.G. in Freiburg hervor, die Mitte April mit 700 gegen 1 Stimme die Beschleunigung der Einheitsverhandlungen fordert und den Betriebsrat beauftragt, alles zu tun, um die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien schnellstens herbeizuführen.⁶⁷

Erwin Eckert hält angesichts der uneinheitlichen Willensbildung in der eigenen Partei und der Zersetzungserscheinungen innerhalb der Sozialistischen Partei unbeirrt an der Einheit fest, die er niemals für ein taktisches Manöver, sondern eine geschichtlich notwendige Aufgabe hielt. Anlässlich des Bezirksparteitages der KPD, Bezirk Baden, spricht Eckert zum Thema „Sozialistische Einheit die Rettung Deutschlands“. Dies ist auch der Tenor seiner ersten Rede in Mannheim, die er am 24. Mai 1946 auf dem Marktplatz der zerstörten Stadt vor der Bevölkerung hält. In dieser Rede, aus der nicht nur die geschichtlichen Erfahrungen der Kommunisten, sondern auch die zahlreicher Sozialdemokraten sprechen, setzt sich Eckert mit dem Scheitern der Einheitsfront angesichts des heraufziehenden Faschismus auseinander, um daraus die geschichtliche Notwendigkeit abzuleiten, eine einheitliche sozialistische Partei nach der Niederlage des Faschismus zu schaffen. „... Damals, Genossen von der SPD, hättet Ihr die Pflicht gehabt, diese Fehler einzusehen und zusammen mit der KPD eine Einheit zu bilden, wodurch der Nationalsozialismus niemals entstanden wäre. Da wir das nicht wollten, haben wir uns von Euch getrennt und sind zur KPD gegangen, um uns für diese neue Ordnung einzusetzen, für die Gestaltung des Friedens und Niederhaltung der drohenden bürgerlich-kapitalistischen Diktatur. Und wenn man heute sagt: die Kommunisten sind die Leute, die die Diktatur wollen, und wir können keine Diktatur mehr gebrauchen, dann sagen wir jedem: Wir waren 1932 und 1933 dafür, daß das geeinte Proletariat gegenüber der drohenden Diktatur der Bourgeoisie im Abwehrkampf die Gefahren, die ihm drohen, niederkämpfen muß. Und wenn ich damals zur KPD ging, dann ganz bewußt auch als Pfarrer, weil ich wußte, daß es besser ist, wenn einige von uns ihr Leben verlieren und, wenn es sein muß, im Bürgerkrieg, als daß Millionen zugrunde gingen. Es ist sicher, daß wir, wenn wir damals diese Einheit gehabt hätten, noch am Tage der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten dies hätten verhindern können. Warum hatte man das Reichsbanner geschaffen und die Eiserner Front, wenn man im Augenblick, wo es nötig war, nicht mit dem Roten Frontkämpferbund zusammen bereit war, den Krieg dem Faschismus zu erklären? ... Hättet Ihr damals beschlossen und eindeutig gewagt, die antifaschistische Einheitsfront zu bilden, damals hätten wir entschieden über die Gegenwart und Zukunft. Wir hätten noch unsere Betriebe und hätten keinen Krieg gehabt. Die Millionen Männer, 34 Millionen Tote würden uns nicht anklagen, wir wären nicht ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Völker. Deutschland wäre nicht zerrissen in Zonen ... Wir würden nicht in Trümmerhaufen leben müssen“!⁶⁸

Eckert setzt sich sodann mit den gegen die Einheitspartei erhobenen Einwänden auseinander. Im gegenwärtigen Stadium sei es wider die geschichtlichen Erfahrungen, die Einheitshemmungen in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere wendet er sich gegen die antisowjetische Stimmungsmache aus den Reihen der SPD, die dazu führe, die Einheit des Proletariats unmöglich zu machen.

„Man sagt, die Einigung wird dadurch verhindert, daß die Kommunisten nicht eine deutsche Partei sind, sondern eine Partei, die abhängig ist vom Ausland, d. h. natürlich von der Sowjet-Union. Wir Kommunisten sind ja schließlich Marxisten, d. h. unsere politische Tätigkeit nimmt ihre Maßstäbe aus der Erkenntnis der gegebenen Situation in jedem Land ... Darum denken wir nicht daran, etwa uns von irgendeiner ausländischen Macht unsere Parolen zum politischen Kampf geben zu lassen. Für uns kommt es darauf an, den richtigen Weg in der Gegenwart zu finden, der in der Zukunft ein besseres Deutschland bauen wird ... Wir wollen eine deutsche

⁶⁷ Siehe K. Bittel, a. a. O., S. 179; vgl. auch die Rede Erwin Eckerts vom 25. Mai 1946 in Heidelberg (in: Privatarchiv Erwin Eckert), die sich ebenfalls auf die Entschließung bezieht.

⁶⁸ Ebenda.

Politik des Aufbaus, eine deutsche Politik der Zukunft ... Wir wollen, daß Deutschland nicht zum Spielball werde für die Interessen der einen oder anderen politischen Konstruktion ...“

Dem von Sozialdemokraten erhobenen Vorwurf der mangelnden innerparteilichen Demokratie in der Kommunistischen Partei hält Eckert entgegen: „Über diese Demokratie in den eigenen Reihen sollen die Sozialdemokraten nichts sagen. In dem Augenblick, als prominente Genossen von ihnen die Einheitspartei vorbereiteten, wurden sie ausgeschlossen wegen Verrat an der Partei, und wer sich für die Vereinigung der KPD mit der SPD einsetzt, schließt sich aus der SPD aus. Das ist keine Demokratie innerhalb der Partei. Ich weiß, die Arbeiter und die kleinen Leute, d. h. die Mitglieder der SPD, wollen die Vereinigung. Darum wollen wir doch festhalten, daß wenn schon Demokratie in der Partei, dann ... Genossen von der SPD, hört auf das, was das Proletariat in den Betrieben will. Sie wollen die Einheit und wissen, daß ohne die Einheit keine Zukunft für das deutsche Volk möglich ist ...“

Zum Abschluß seiner Mannheimer Rede richtet Eckert einen eindringlichen Appell an Sozialdemokraten und Kommunisten: „Es gibt doch nichts, was uns noch voneinander trennt. 1932 konnte man über den Weg verschiedener Meinung sein. Ihr habt Fehler gemacht, und wir haben auch Fehler gemacht. Wir haben viel zu sehr auf die SPD hineingehauen, als ob sie unsere Hauptgegner wären, und haben nicht das richtige Verständnis gehabt. Heute, nachdem wir das alles sehen und kennen, warum sollen wir uns nicht zusammenfinden ... Wir verzagen nicht. Wir wissen, daß wir es schaffen werden, wenn wir zusammenhalten ... Wir wollen ja doch gar nichts als diese Einheit des kämpfenden Proletariats ... Uns kommt es darauf an, daß die Masse des werktätigen Volkes zusammengeschweißt das Fundament der neuen Demokratie darstellt. Und dann werden wir innerhalb dieser Partei wählen, und dann werden die, die das Vertrauen aller haben, die Partei führen. Und es wird sich folgendes herausstellen: so mancher, der heute zur KPD gehört, der wird bald merken, daß er so viel Überkommenes und Verkehrtes aus der Vergangenheit noch mit sich herumträgt, daß er ungefähr noch auf dem rechten Flügel herum-schwebt, und mancher der SPD, daß er zu den entschlossensten Kämpfern und Trägern der Partei gehört, und man wird bald nicht mehr wissen, woher der eine kam, ob SPD oder KPD. Es wird eine Einheit sein für den Sozialismus, die Freiheit und den Frieden. Vergeßt nicht die Einheit zu schaffen! Hofft nicht auf das Ausland! Hofft auf die Kraft, die in Euch selbst ist. Das Ausland wird uns erst dann helfen, wenn es merkt, daß wir uns aus eigener Kraft entschlossen haben aufzubauen. Kriecht nicht vor den Besatzungsbehörden! Seid stolz und aufrecht auch in der Not und auch im Zusammenbruch, soweit Ihr aufrecht stehen könnt und ein reines Gewissen habt ... Kämpft, damit wir siegen! Vorwärts zur Einheit! Vorwärts zur neuen Demokratie! Zum Sozialismus! Vorwärts in den Zukunftsstaat, der getragen wird von den breiten Massen des werktätigen Volkes! Genossen, ans Werk! Arbeiter, kämpft, damit Ihr siegt!“⁶⁹

Zur gleichen Zeit, als Eckert in Mannheim spricht, redet Kurt Schumacher anläßlich der bevorstehenden Kommunalwahlen am 26. Mai 1946 in Heidelberg. Nach dem Bericht der *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 25. Mai 1946 hatte sich der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei gegen eine einheitliche sozialistische Partei ausgesprochen, da die SED keine Vereinigung, sondern die Eroberung der SPD erstrebe. Der Vorsitzende der südbadischen kommunistischen Partei antwortet Schumacher auf einer Massenversammlung am 25. Mai 1946 in Heidelberg. Eckert setzt sich ausführlich mit den Anwürfen gegen die Kommunisten und gegen die

⁶⁹ Hinter der hier von Erwin Eckert ausgesprochenen Gewissensfrage steckt durchaus ein sozialpsychologisches Problem von weittragender politischer Relevanz, auf das Wolfgang Abendroth (in: Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, Westeuropäische Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1966, S. 110) hingewiesen hat. Das Geheimnis der Massivität der antikommunistischen Traumas in der BRD, die die Massivität der Kalten-Kriegs-Ideologien in den anderen Ländern weit übertrifft, sei zurückzuführen auf die Tatsache, daß Millionen Männer auch der deutschen Arbeiterklasse an der Ostfront zu Mitwissern des systematischen Mordens in der UdSSR geworden seien. „Und so ist es kein Wunder, daß sich hier ein Trauma bildet für Generationen, ein Trauma, sozusagen des Selbstschutzes gegen Selbstvorwürfe, daß aus diesem ersten Dilemma heraus von der Gegenseite allzu leicht die Niederwalzung werdenden Klassenbewußtseins in der BRD verwandt werden konnte.“

Einheitspartei auseinander. Schumacher hatte die Kommunisten u. a. als „rotlackierte Nazis“ bezeichnet. Leidenschaftlich antwortet Eckert: „Wenn Sie nur gesagt hätten, daß wir eine Diktatur wollen, hätte ich gesagt, das ist falsch. Aber zu sagen, wir seien rotlackierte Nazis, das ist zu viel ... Wissen Sie, daß die Funktionäre, die Sie rotlackierte Nazis nannten, die Kommunisten sind, die selbst die Görings als äußerst gefährliche Gegner bezeichneten, sie gehaßt haben wie die Pest und die Sozialdemokraten haben sie nicht einmal ernst genommen. Und Sie wagen unsere Genossen, die bereit waren, ihr Lehen einzusetzen für die Rettung gegen den Faschismus, rotlackierte Nazis zu nennen“.⁷⁰

Eckert beschäftigt sich dann kritisch mit dem von Schumacher aufgeworfenen Problem von Diktatur und Demokratie und demaskiert die demagogische Verwendung der von Schumacher ins Feld geführten Begriffe: „Wir wissen, daß wir in Deutschland eine neue Demokratie brauchen. Wir scheuen uns nicht, offen zu bekennen, daß wir 1933 im Abwehrkampf bereit waren, die Diktatur des Proletariats, die wahre Volksherrschaft mit den Sozialdemokraten gegen die faschistische Diktatur zu erreichen. Aber es ist traurig, daß man Ihnen als altem Exponenten der sozialdemokratischen Politik heute noch Anschauungsunterricht geben muß, daß die Demokratie als solche gar keine Demokratie schlechthin ist. Sie selbst haben den Satz gesagt und das war eine äußerst gefährliche Formulierung: ‚Ohne Sozialismus keine Demokratie‘. Sehr richtig. Damals, 1918, haben wir schon gehofft, daß der Sozialismus die Sicherheit einer wirklichen Demokratie bedeuten könne, und wie schnell hat es sich gezeigt, daß die Voraussetzungen der wirklichen Demokratie, nämlich der Sozialismus, keine Möglichkeit der Verwirklichung fand, da wir keine sozialistische Ordnung gestalten konnten, sondern die Reorganisation der kapitalistischen Machthaber begünstigt wurde. Haben Sie schon vergessen, daß Rathenau und Erzberger erschossen worden sind und die Arbeiterbevölkerung nochmals versuchte, durch Generalstreik die Republik zu retten, die Demokratie in München Hitler seinen Putsch machen ließ, ihn in der Festung Landsberg festsetzte und dann wieder laufen ließ? Und haben Sie vergessen, daß die Sozialdemokraten Hindenburg zum Reichspräsidenten aufstellten, der nachher Hitler die Macht in die Hände spielte? Da sage ich Ihnen, wenn von uns einer wie Severing preußischer Innenminister gewesen wäre, wir wären nicht vor zwei bis drei Beamten gewichen und hätten gesagt: ‚Ja, da muß ich wohl abtreten, um ein Blutvergießen zu verhüten‘ ... Glauben Sie, wir hätten die Demokratie im Stich gelassen? Wir hätten sie mit Klauen und Zähnen verteidigt und hätten dafür gesorgt, daß diese Burschen nicht an die Macht gekommen wären, auch wenn dabei unser eigenes Leben vor die Hunde gegangen wäre. Wir hätten es getan in dem Bewußtsein, niemand kann mehr tun, als sein Leben zu geben für viele.

Aber das Tollste ist, daß Sie sagen, wir sollen die Demokratie sabotiert haben, weil wir nicht mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn gegangen sind, obwohl wir sahen, daß der Kapitalismus regierte, daß die Reichswehr der Hort der Reaktion war, und die SA und SS entstanden sind, obwohl wir mit den Händen greifen konnten, daß der Nazismus brutal durchgreifen wird ... Damals, 1931, bin ich aus der SPD ausgetreten, in der Entschlossenheit, bevor Deutschlands Frieden vernichtet wird, wollen wir erst die, die das vorhaben, in ihrer Absicht stören.

Damals war die Kommunistische Partei entschlossen, mit allen, die diese Absicht sahen, sich zusammenzuschließen im Widerstand gegen die Feinde einer wirklichen Demokratie. Und wir haben und hätten die Demokratie verteidigt, und Ihr seid daran verzweifelt, und darum habt Ihr kein Recht, jetzt zu tun, als ob Ihr keine Schuld an der Vergangenheit habt. Genossen von der SPD, ich weiß, wie klein und häßlich Ihr in den KZs ward, wie Euch das Gewissen geschlagen hat, daß Ihr nicht mit uns gekämpft habt. Und jetzt sagt Ihr, wir hätten die Demokratie sabotiert und wir wären rotlackierte Nazis“.

Nach diesem Rekurs auf die Periode der Weimarer Demokratie und das Scheitern der antifaschistischen Einheitsfront begründet Eckert die Notwendigkeit der Einheitspartei für den

⁷⁰ Rede Erwin Eckerts am 25. Mai 1946 in Heidelberg, in: Privataarchiv Erwin Eckert.

Aufbau und die Sicherung einer neuen Demokratie: „Wir stehen in einer neuen Situation ... Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat einen schweren Schlag bekommen. Noch ist es nicht so, daß wir beruhigt sagen können, der Kapitalismus ist erledigt. Er beginnt sich wieder zu sammeln, und dagegen gibt es nur eines, nämlich, daß wir eine so starke Partei schaffen, die imstande ist, diesen Gefahren gegenüber zu bestehen, und die gelernt hat aus der Vergangenheit. Auch wir haben Fehler gemacht. Lernen wir aus der Vergangenheit.“

Schumacher hatte am Tage zuvor die in der SBZ entstandene Einheitspartei dadurch diskreditiert, daß er sie unmittelbar für die Wirtschaftsdemontage durch die Sowjetunion verantwortlich machte. Eckert bestreitet diesen Zusammenhang und verweist stattdessen auf entsprechende Kontrollratsbeschlüsse, die die Reparationsverpflichtungen regeln. Im Übrigen seien die Reparationslasten keineswegs auf die SBZ beschränkt. „Wissen Sie nicht, Genosse Schumacher, was in der Sowjet-Union zerstört wurde? Haben Sie nicht über die Tatsachen, die im Nürnberger Prozeß bekannt werden, von der Zerstörung, die unsere Heere angerichtet haben, gehört? Glauben Sie nicht, daß wir einen Teil wiedergutzumachen bereit sein müssen, um zu zeigen, daß wir das, was als Schuld auf uns liegt, gutmachen wollen? Ich glaube, daß unser Volk dann, wenn es die Bereitschaft zur Wiedergutmachung bewiesen hat, wieder ein Recht hat zu sagen: ‚Ihr müßt uns doch wenigstens leben lassen‘, um den Siegern nachzuweisen, daß wir nicht existieren können“.

Schließlich spricht Eckert dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei das Recht ab, im Namen der sozialdemokratischen Genossen in Südbaden aufzutreten, die offen ihre von Schumacher abweichende Linie bekannt hätten, und appelliert zum Abschluß seiner Rede an die sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen, die Einheitspartei zu verwirklichen.

Die Hoffnung Eckerts, die Einheitspartei in Südbaden bald zu schaffen, trägt jedoch. Um zu dokumentieren, daß der Einheitswille bei den sozialistisch wählenden Massen in Südbaden, im Gegensatz zum SP-Landesvorstand, erhalten geblieben ist, führt die Kommunistische Partei eine Einheitskampagne mit Unterschriftensammlungen in den Betrieben und Wohngebieten durch. Unter Bezugnahme auf die gemeinsamen Freiburger Beschlüsse heißt es auf den Flugblättern: „Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß die Durchführung der Verschmelzung beider Parteien ein Gebot der Stunde ist. Sie fordern darum die Vorstände der sozialistischen und kommunistischen Partei auf, zu handeln und alle Männer und Frauen, die sich zum Kampf um die sozialistische Ordnung bekennen, in der *Sozialistischen Einheitspartei Badens* zu vereinen ... Die Unterzeichneten erklären sich ausdrücklich und freiwillig bereit, der neu zu gründenden *Sozialistischen Einheitspartei Badens* sofort als Mitglieder beizutreten.“⁷¹

Doch dieser Versuch, die Einheitsfront von unten her zu verwirklichen, scheitert. Der SP-Landesvorstand, der mit dieser Aktion unter den Druck seiner Mitglieder und Wähler gesetzt werden soll, betrachtet diesen Aufruf zur Gründung der Einheitspartei als unfaire Überrumpelung und warnt davor, den Appell zu unterschreiben. Auch der von Erwin Eckert verfaßte Tätigkeitsbericht der Kommunistischen Partei, Land Baden, vom 17. August 1946 kritisiert die Unterschriftenaktion, die nicht entsprechend vorbereitet und politisch richtig geführt worden sei.⁷² Schließlich wird die Unterschriftensammlung durch die französische Militärregierung verboten, obwohl die kommunistische Partei daraufhin einen veränderten Textvorschlag für das Flugblatt unterbreitet hatte. Zur Begründung führt die Militärregierung in ihrem Schreiben vom 14. Juni 1946 an: „Es gibt in Baden keine ‚Sozialistische Einheitspartei‘. Nur die ordnungsmäßig genehmigten Parteien haben laut Verordnung Nr. 22 das Recht, eine Werbetätigkeit zu empfehlen.“⁷³

⁷¹ Zit. nach K. Bittel, a. a. O., S. 179.

⁷² Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes der Kommunistischen Partei, Land Baden, vom 17. August 1946, in: Privatarchiv Erwin Eckert.

⁷³ Zit. nach: K. Bittel, a. a. O., S. 179.

Den Erfolg der gemeinsamen Interventionen seitens der SPD-Parteizentrale in Hannover und der französischen Militärregierung in den demokratischen Willensbildungsprozeß kann der „Sozialdemokratische Pressedienst“ in Braunschweig am 4. Juli 1946 melden: „Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Land Baden (französische Zone) hat sich jetzt endgültig entschlossen, das kommunistische Angebot zur Bildung einer Einheitspartei abzulehnen, nachdem bei der SP in Südbaden vorübergehend eine gewisse Neigung zu einen engeren Zusammengehen mit der KP bestanden hatte. Grund für das Scheitern des Planes sind, wie man hört, vor allem Wünsche bzw. Forderungen der KP gewesen, die von Vertretern der SP nicht annehmbar waren“.⁷⁴

Die Meldung zeigt die Methode der Verfälschung, die zur Abwehr der Einheitspartei und späteren Rechtfertigung der Spaltung angewandt wird. Sie spricht vom „kommunistischen Angebot“, so als ob der Einheitswille nicht von Anfang an gemeinsam gewesen wäre. Von „unannehmbaren Wünschen bzw. Forderungen der KP“ kann nicht die Rede sein, weil es sie schlicht nicht gab. Nicht zufällig weiß der Pressedienst von keinen konkreten Forderungen zu berichten und zieht sich auf die verschleierte Formel „wie man hört“ zurück.

Die Tatsache der Sprengung der Einheitsfront von oben steht jedoch fest, obwohl nach dem 30. Juli 1946 die bürgerliche *Badische Zeitung* nicht daran zweifelt, „daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Wähler in den westlichen Zonen lieber heute statt morgen eine einheitliche sozialistische Partei anstelle der beiden getrennten Parteien sähe“.⁷⁵

Die Konsequenz der Spaltung ist dann die Ablehnung der von den Kommunisten vorgeschlagenen Einheitslisten und Listenverbindungen durch die SP bei den Kommunalwahlen in der französischen Zone am 15. September 1946. Das Wahlergebnis bestätigt die insgesamt außerordentlich schwache Position der Arbeiterbewegung in dem industriell wenig entwickelten Südbaden, wo die CSV die traditionsgemäße Mehrheit der ehemaligen Zentrumspartei behaupten kann.

Die SP erzielt 75.030 oder 13,7% und die KP 34.094 oder 6,3% der abgegebenen Stimmen.

Das endgültige Scheitern der Einheitspartei wird auf dem SP-Parteitag am 10. November 1946 in Freiburg besiegelt, auf dem die Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei“ und der Anschluß der Südbadischen „freien Sozialisten“ an die SPD-Parteizentrale in Hannover beschlossen wird. Erstmals ist auf einem Parteitag der sozialistischen Partei ein Vertreter der SPD-Parteizentrale anwesend, der sich in seiner Parteitagsrede nachdrücklich für die Sprengung der Einheitsfront mit den Kommunisten ausspricht: Erich Ollenhauer.

Der Versuch, aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen und die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei sich befehdende Parteien in einer einheitlichen sozialistischen Partei zu überwinden, ist endgültig gescheitert. Auch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die unmittelbar nach der Niederlage des Faschismus als notwendige Voraussetzung für die Sicherung der neuen Demokratie und den Sieg des Sozialismus von beiden Parteien und den sie tragenden Wählerschichten eingesehen worden war, ist bereits ein Jahr nach der totalen Kapitulation der kapitalistisch-faschistischen Diktatur trotz der relativ günstigen Bedingungen, die hierfür in Südbaden bestanden, und trotz des relativ fortgeschrittenen Stadiums der Einheitsbewegung nun auch in Südbaden gescheitert. Damit ist der Entwicklungsgang beider Parteien vorgezeichnet.

Mandats- und Funktionsträger der KPD (1946-1956)

Der Werdegang Erwin Eckerts nach dem Scheitern des Kampfes um die Einheitspartei der Arbeiterklasse in Südbaden, an deren Spitze er gestanden hatte, gibt Aufschluß über die Entwicklung, zu der die Spaltung der Arbeiterparteien geführt hat. Am 17. November 1946 wird Eckert

⁷⁴ Zit. nach K. Bittel, a. a. O., S. 180.

⁷⁵ *Badische Zeitung* vom 30. Juli 1946, zit. nach K. Bittel, a. a. O., S. 181.

von den Kreistagen zum Mitglied der beratenden Landesversammlung in Baden gewählt, deren Aufgabe es ist, eine Verfassung für das Land Baden auszuarbeiten und zu verabschieden. Mit Schreiben vom 30. November 1946 wird Eckert außerdem vom französischen Gouverneur zum Staatskommissar für Wiederaufbau ernannt und ist damit Mitglied provisorischen Allparteienregierung in Baden.

Bei den Beratungen der verfassungsgebenden Landesversammlung stimmen KPD und SPD gemeinsam gegen den von beiden bürgerlichen Parteien, die in dieser Versammlung über die absolute Mehrheit verfügen, vorgelegten Verfassungsentwurf.

Eckert erarbeitet einen Gegenentwurf für die KPD, der im Wesentlichen die programmatischen Forderungen enthält, die er im Namen der KPD, Land Baden, im Aufruf „Arbeit – Freiheit – Frieden“ vom 13. Januar 1946 erhoben hatte.

Unter anderem enthält der von Eckert ausgearbeitete Verfassungsentwurf verfassungsrechtliche Normen für die Sozialisierung der Grundstoffindustrie und der öffentlichen Dienstleistungsunternehmen der Energieversorgung und des Transportwesens sowie die verfassungsrechtliche Festlegung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben. Eckert überschätzt in seinem Verfassungsentwurf keineswegs die Bedeutung von geschriebenen Verfassungen, da die Verfassungswirklichkeit letztlich über die politischen Entwicklungstendenzen entscheidet. Das Verständnis Eckerts für die Problematik von Verfassungen einer politischen Demokratie in einer antagonistischen Gesellschaft geht aus einem Aufsatz Eckerts aus dem Jahre 1947 hervor: „Verfassungen sind keineswegs zukunftsgestaltende Programme, sondern Zusammenfassungen der für eine bestimmte Zeitperiode wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten eines Gebiets zu einem alle Staatsbürger verpflichtenden Grundgesetz, zu einer für die Gegenwart gültigen Ordnung. Ihr Inhalt ist der Niederschlag der jeweiligen, in Übergangszeiten schnell wechselnden Machtverhältnisse und Klassenschichtungen, die durch die Tätigkeit der organisierten politischen Parteien in Erscheinung treten. Eine neue Verfassung hat nur dann Aussicht auf Bestand und Wirkung, wenn sie der Ausdruck einer bereits vollzogenen Strukturveränderung der Gesellschaft ist. Sie kann für eine gewisse Zeitspanne Bedeutung und Gewicht haben, wenn die fortschrittlichen, vorwärts drängenden politischen Gruppen stark genug sind, entscheidenden Einfluß auf ihren Inhalt auszuüben und die Durchführung ihrer Bestimmungen zu garantieren.“⁷⁶ Der Verfassungsentwurf Eckerts wird in der kommunistischen Presse veröffentlicht und ist Grundlage der Agitation der KPD beim Volksentscheid, der am 18. Mai 1947 stattfindet.

Bei der Volksabstimmung über Annahme bzw. Ablehnung des von den bürgerlichen Parteien vorgelegten Verfassungsentwurfes sprechen sich 67,9% für den Verfassungsentwurf der bürgerlichen Parteien aus, während 32,07% mit Nein stimmen. Die badische Landesverfassung wurde somit zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als die von der KPD und SPD geforderten Strukturveränderungen der Gesellschaft, von denen die demokratische Bodenreform in Baden eine der wichtigsten ist, nicht vollzogen waren. Die Arbeiterklasse war, nicht zuletzt durch ihre politische Spaltung, am Ende politisch so schwach, daß sie nicht in der Lage war, auch nur die verfassungsrechtlich gewonnenen Klassenkompromisse aus den Jahren bis einschließlich 1949, zu denen die bürgerlichen Parteien nach der Niederlage der kapitalistisch-faschistischen Diktatur hatten gezwungen werden können, ernsthaft zu verteidigen.⁷⁷

Gleichzeitig mit dem Volksentscheid finden am 18. Mai 1947 die ersten direkten Wahlen zum badischen Landtag statt, bei denen Eckert zum Abgeordneten des badischen Landtages gewählt wird. Das politische Kräfteverhältnis im neuen Landtag wird eindeutig durch die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien bestimmt. Die CDU erhält 55,95%, die Demokratische Partei

⁷⁶ Erwin Eckert, Eine Verfassung für Südbaden? (1947), in: Privatarchiv Erwin Eckert.

⁷⁷ Siehe hierzu Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966.

14,24%, während die Arbeiterparteien insgesamt 29,81% der Stimmen erringen können (SPD 22,39%; KPD 7,42%)⁷⁸.

War Eckert in der beratenden Landesversammlung noch 3. Vizepräsident gewesen, so benutzt die CDU nun ihre absolute Mehrheit dazu, die KPD durch Manipulation der Sitze in den parlamentarischen Ausschüssen, insbesondere aus dem wichtigsten, dem Ältestenausschuß, fernzuhalten. Die Aktionseinheit im badischen Landtag ist bei den Arbeiterparteien jedoch noch so weit erhalten, daß die SPD, gegen diese Manipulation protestierend, auf einen ihr zugesprochenen Sitz im Ältestenausschuß zugunsten des Fraktionssprechers der KPD, Erwin Eckert, verzichtet.

1949, im Jahre der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der auf Betreiben der Westmächte und ihrer westdeutschen Alliierten vollzogenen getrennten Gründung zweier deutscher Staaten, steht Eckert auf lokaler Ebene noch einmal im Mittelpunkt des politischen Kampfes.

Bei den am 31. Juli 1949, unmittelbar vor den ersten Bundestagswahlen, stattfindenden Oberbürgermeisterwahlen in Mannheim, wo Eckert als Stadtpfarrer in der Weimarer Republik gewirkt hatte, wird er als Kandidat der KPD aufgestellt. Er ist zu dieser Zeit noch Vorsitzender der KPD Südbadens, nachdem er auf dem 2. Landesparteitag der KPD, Land Baden, am 17./18. August 1947, einstimmig als Vorsitzender bestätigt worden war. Eckerts Gegenkandidat ist der von SPD, CDU und DVP aufgestellte ehemalige sozialdemokratische Oberbürgermeister Mannheims in der Weimarer Republik, Dr. Heimerich.

Auf den ersten Blick scheint es, als sei das Gegeneinanderstehen der beiden Arbeiterparteien im Wahlkampf durch das eigenmächtige Vorgehen der KPD verursacht worden. Eckert, der das weitere Auseinanderstreben der Arbeiterparteien zu verhindern trachtet, zögert zunächst, die Kandidatur anzunehmen. Während des Wahlkampfes ist Eckert dann bemüht gewesen, die negativen Konsequenzen seiner Kandidatur so weit wie möglich abzuschwächen. Deshalb hat er seinen Wahlkampf nicht gegen die SPD, sondern für eine selbständige Arbeiterpolitik auf kommunaler Ebene geführt, die in Mannheim möglich gewesen wäre, weil beide Parteien zusammen über die absolute Mehrheit im Stadtrat verfügten.

Zum Verständnis der Kandidatur Eckerts ist daher auf die Vorgeschichte dieser Kandidatur zurückzugreifen. Die Oberbürgermeisterwahlen waren notwendig geworden, nachdem der von SPD und KPD gemeinsam gewählte und unterstützte SPD-Oberbürgermeister Dr. Cahn-Carnier gestorben war. In Fortsetzung der gemeinsamen Politik der Arbeiterparteien im Stadtrat schlägt der Kreisvorstand der KPD-Mannheim der SPD am 8. Juli in einem offenen Brief vor, auf der Grundlage eines Minimalprogramms einen gemeinsamen Kandidaten der Arbeiterparteien in „Abgrenzung gegenüber den Einflüssen und Ausstrahlungen der verheerenden, einseitig von der CDU bestimmten Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates“⁷⁹ aufzustellen. Die KPD Mannheim erklärt ihre Bereitschaft, ihre ganze Kraft für den Sieg des gemeinsamen SPD-Kandidaten einzusetzen. „Im gemeinsamen Auftreten sowohl in der allgemeinen Propaganda als auch bei der Durchführung gemeinsamer Wahlversammlungen sehen wir die wirksamste Form zur Gewinnung der Mannheimer Bevölkerung für einen gemeinsamen Kandidaten“⁸⁰

Als die offizielle Frist für die Ausschreibung des Oberbürgermeisters am 10. Juli 1949 abzufließen droht, ohne daß die SPD auf den Vorschlag der KPD reagiert, und stattdessen ohne Rücksprache mit der KPD Dr. Heimerich aufstellt, der von den bürgerlichen Parteien DVP und CDU als Gemeinschaftskandidat bereits akzeptiert worden war, noch ehe die SPD selbst darüber entschieden hatte, entschließt sich die Funktionärsversammlung der KPD-Mannheim kurzfristig, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wobei die Wahl auf Erwin Eckert fällt.

⁷⁸ K. J. Röbler, Der Badische Landtag, a. a. O., S. 79.

⁷⁹ *Badisches Volksecho*, Wochenblatt der KPD, Landesbezirk Baden, vom 8. Juli 1949.

⁸⁰ Ebenda.

Gegenüber den daraufhin in der sozialdemokratischen Presse erhobenen Beschuldigungen, dies sei das Ergebnis der „ferngelenkten“ KPD, verteidigt der Kreisvorsitzende der KPD-Mannheim, Willy Grimm, die Kandidatur Erwin Eckerts in einer Erklärung, in der es u.a. heißt: „Das gemeinsame Operieren von SPD, DVP und CDU wird in dem überwiegenden Teil der Bevölkerung Mannheims auf kein Verständnis stoßen, denn dieses Bündnis ist ein Stück politischer Unnatürlichkeit und widerspricht der klaren Entscheidung, die Mannheims Wähler bei der letzten Gemeinderatswahl gefällt haben. Die Mannheimer Wählerschaft hat sich damals in ihrer überwiegenden Mehrheit für die beiden Arbeiterparteien bekannt und hat mit der Wahl Dr. Cahn-Caniers zum Oberbürgermeister auf der Grundlage der von beiden Parteien unterbreiteten Wahlplattform erneut diesen Willen bestätigt ... Dr. Schumacher führt den Wahlkampf zur Bundestagswahl unter großem Feldgeschrei gegen die CDU und DVP als die Parteien des ‚Besitzbürgertums‘, des ‚Kapitalismus Frankfurter Observanz‘. Ist es gestattet, darin mehr als einen Scheinkampf zu sehen, wenn wir Tatsachen haben just in derselben Zeit, wie die, die bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim vorliegen; entweder stimmt das eine, oder es stimmt das andere! Die Kommunistische Partei bedauert den Weg, den der sozialdemokratische Parteivorstand in Mannheim geht. Diesem Weg kann sie sich nicht anschließen aus Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der Industriestadt Mannheim. Deshalb ist ihr Kandidat Erwin Eckert, mit dem sie nichts anderes will, als das zu verteidigen, was bisher Politik der beiden Arbeiterparteien im Rahmen der Mannheimer Gemeinde gewesen ist“.⁸¹ CDU und DVP hatten Dr. Heimerich bereits als Gemeinschaftskandidaten akzeptiert, als die Entscheidung in der SPD und in der KPD noch nicht gefallen war. Vor die Wahl gestellt, entweder mit der KPD die bisherige gemeinsame Arbeiterpolitik mit einem SPD-Oberbürgermeister an der Spitze im Stadtrat weiterzuführen oder die KPD durch ein widernatürliches Wahlbündnis mit den bürgerlichen Parteien CDU und DVP zu isolieren, wählt der SPD-Vorstand Mannheim die letztere Möglichkeit.

Bei vergleichsweise hoher Wahlbeteiligung, die jedoch unter der im Jahre 1947 erzielten Wahlbeteiligung von 60% liegt, wird am 31. Juli 1949 der Gemeinschaftskandidat der SPD, CDU und DVP mit 47.074 oder 65,3% der Stimmen gewählt, gegenüber Erwin Eckert, der 26.087 oder 34,7% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen kann und damit 11.000 Stimmen mehr erhält als die KPD bei der letzten Stadtratswahl (= 17,8%).

Dieses Wahlergebnis läßt darauf schließen, daß ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Wähler in der Industriearbeiterstadt Mannheim gegen den Willen des SPD-Parteivorstandes den Kandidaten der KPD unterstützt hat. In einigen reinen Arbeiterbezirken kann Eckert dem Gemeinschaftskandidaten von SPD, CDU und DVP überlegen an Stimmenzahl übertreffen. Jedoch trotz dieses großen Wahlerfolges – Eckert erhält prozentual die meisten Stimmen, die jemals ein Kandidat der KPD auf sich vereinigen konnte – ist die weitere Entwicklung der KPD vorgezeichnet.

Das Wahlergebnis ist sozusagen der letzte deutliche Nachklang der Einheitsbestrebungen in der Arbeiterklasse. Zugleich ist es aber auch ein Signal für die Isolierung, in die die KPD gedrängt wird: Isolierung zunächst von der SPD, dann auch von den arbeitenden Massen selbst. Der Versuch der KPD, den Wahlerfolg in Mannheim, der nicht zuletzt auf Grund des großen Ansehens, das Erwin Eckert als „Vorkämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse“⁸² und volkstümlicher Führer des Proletariats genießt, auf die Kommunistische Partei bei den am 14. August 1949 stattfindenden ersten Bundestagswahlen zu übertragen, gelingt nur zum Teil.

Am 14. August stimmen 18,7% der Wähler für Kandidaten der KPD in Mannheim-Stadt. Damit erzielt die KPD hier einen Stimmenanteil, der im gesamten Bundesgebiet nach dem

⁸¹ *Badisches Volksecho* vom 15. Juli 1949.

⁸² Walter Fisch, 2. Vorsitzender der KPD und Sekretär des PV der KPD von April 1948 bis Mai 1950, in seinem Kommentar zur Mannheimer Wahl, in: *Badisches Volksecho* vom 5. August 1949.

Wahlergebnis in Remscheid-Solingen, dem Wahlkreis Max Reimanns, mit 20,9% an zweiter Stelle liegt.

Wenn sich bis in die 60er Jahre hinein gerade in Mannheim und Solingen Reste von Klassenbewußtsein erhalten haben, was sich z. B. beim baden-württembergischen Metallarbeiterstreik 1963 in erhöhter Kampfbereitschaft⁸³ und politisch in hoher Stimmabgabe für die ‚Deutsche Friedens-Union‘ (DFU) ausdrückt, dann macht das einerseits auf das Fehlen einer legalen sozialistischen Partei aufmerksam und verweist andererseits auf die in diesen Wahlkreisen erzielten Wahlerfolge der KPD zurück, deren Funktion immerhin es gewesen zu sein scheint, Reste von Klassenbewußtsein in einer Gesellschaft stabilisiert zu haben, die sich immer mehr als klassenlos erfährt.

Der Landesdurchschnitt bei den Bundestagswahlen 1949 liegt für die KPD in Baden-Württemberg ebenfalls mit 7,4% bedeutend über dem Bundesdurchschnitt und ist nach dem Landesdurchschnitt des Stadt-Staates Hamburg mit 8,5% und dem des industriellen Kernlandes Nordrhein-Westfalen mit 7,6% der größte, den die KPD in einem einzelnen Bundesland erlangt. Insgesamt erhält die KPD bei den Bundestagswahlen am 14. August 1949 nur 5,7% der abgegebenen Stimmen. Bei den Bundestagswahlen 1953 verringert sich dieser Stimmenanteil auf 2,2%.

Die zunehmende Isolierung der KPD in der Bundesrepublik verstärkte die Tendenzen innerhalb der KPD, sich voll und uneingeschränkt mit der DDR zu identifizieren, was wiederum die Isolierung der KPD in der Bundesrepublik weitergetrieben hat. Der Antikommunismus, der bis weit in die Reihen der SPD-Mitgliedschaft zur herrschenden Ideologie in der Periode des konjunkturellen Aufschwungs in der Bundesrepublik wird, führt im Jahre 1956 zum Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht⁸⁴, nachdem die Bundesregierung bereits am 22. November 1951 (!) das Verbot der KPD beim Bundesverfassungsgericht beantragt hatte.

Das Verbot der KPD im Jahre 1956, selbst noch Folge des Scheiterns der Einheitspartei und Aktionseinheit, spiegelt des Versagen der SPD wieder, die diese Illegalisierung nicht verhindern konnte oder wollte, wobei die SPD übersah, daß das Verbot der wenn auch politisch noch so bedeutungslosen KPD eine Niederlage der Arbeiterbewegung in Westdeutschland insgesamt darstellt, und daß durch dieses Verbot die juristischen und politischen Möglichkeiten sozialistischer Entfaltung in der Bundesrepublik überhaupt eingeschränkt wurden, was notwendigerweise eine Gefährdung des Grundgesetzes vom „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ in sich schloß.

Kampf gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung (1950-1960)

Die Oberbürgermeisterwahlen in Mannheim 1949 hatten das Ende der Periode der Renaissance sozialistischen und marxistischen Denkens, die mit der Währungsreform aus dem Jahr 1948 eingeleitete Restauration des Kapitalismus im westdeutschen Teilstaat und somit das Ende jener Periode signalisiert, in der die Errichtung einer gesamtdeutschen sozialistischen Republik als Reaktion auf die bedingungslose Kapitulation der faschistisch-kapitalistischen Diktatur möglich zu sein schien.

Auch eine radikal-demokratische Erneuerung Deutschlands blieb aus. Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse wurden, da sie sich nicht aus eigener Kraft vom Faschismus

⁸³ Siehe Mannheimer Streikchronik, in: *Sozialistische Politik*, 5/1963, S. 8: Bei der Urabstimmung über den von der IG-Metall ausgehandelten Lohnkompromiß zum Abbruch des Streiks lehnen in Mannheim 43% den Kompromiß ab, während ihm im Landesdurchschnitt ca. 78% zustimmen.

⁸⁴ Vgl. Wolfgang Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: *Zeitschrift Für Politik*, 1956, S. 305 ff.; ders. Die bedrohte Koalitionsfreiheit das Verbot der KPD, in: *Sozialistische Politik*, 9/1956, S. 4 ff.

befreien konnten noch Fernwirkung des Scheiterns der antifaschistischen Einheitsfront und des kampflosen Untergangs der Arbeiterbewegung im Jahre 1933 –, durch das Besatzungsstatut und den Gegensatz der Anti-Hitler-Koalition zerrissen und zum bloßen Objekt der jeweiligen Besatzungsmächte degradiert.

Von dieser Entwicklung blieb auch das Wirken Erwin Eckerts, der sich ihr mit ganzer Kraft entgegenzustemmen versuchte, nicht verschont. Zwar gehört Eckert nach der Konstituierung des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1952 noch der verfassunggebenden Landesversammlung an, um danach als Abgeordneter der KPD in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen, wo er sein Mandat bis zum Parteiverbot 1956 ausübt. Doch verlagern sich die politischen Anstrengungen Eckerts ab 1950 mehr und mehr auf das Wirkungsfeld der Weltfriedensbewegung.

Hatte Erwin Eckert im Aufruf der Kommunistischen Partei in der französischen Zone Baden vom Januar 1946 noch formuliert: „Wollt Ihr, daß Eure unmündigen Kinder, das Erbe Eurer Toten, wenn sie erwachsen sind, nicht in einem neuen Krieg ihr Leben lassen müssen, dann sorgt dafür, daß die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgerichtet wird, die allein die Voraussetzung bietet für eine Verständigung der Völker untereinander, für einen dauerhaften Frieden“⁸⁵, so gewinnt, nachdem der wieder etablierte Kapitalismus in die Periode der relativen Stabilisierung der Hochkonjunktur durch Aufrüstung getreten ist, der Kampf um die Sicherung des Friedens, gegen die Remilitarisierung und für die Einheit der deutschen Nation gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung und für die friedliche Koexistenz vorrangige Bedeutung.⁸⁶

Im September 1950 wird Eckert geschäftsführender Vorsitzender des westdeutschen Friedenskomitees des Weltfriedensrates, dessen Mitglied er im November 1950 in Warschau anlässlich des II. Weltfriedenskongresses wird, und gehört auch nach der späteren Umgestaltung der Leitungsstruktur dem geschäftsführenden Vorstand des Friedenskomitees an. In dieser Eigenschaft nimmt er an sämtlichen internationalen Kongressen des Weltfriedensrates teil und spricht auf zahlreichen Zusammenkünften und Kundgebungen im In- und Ausland.

Nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956 wird im März 1959 auch das Westdeutsche Friedenskomitee als „verfassungsfeindliche“ Organisation verboten.

Am 10. November 1959 steht Erwin Eckert erneut vor Gericht.⁸⁷ Seine Mitangeklagten sind Pastor Johannes Oberhof und Dolmetscher Walter Diehl sowie die drei kommunistischen Mitglieder des Friedenskomitees Gerhard Wohlrath, Gustav Thiefes und Erich Kompalla. Die Anklage lautet auf „Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation“. Als Zeugen der Verteidigung treten zahlreiche prominente in- und ausländische Persönlichkeiten auf. Unter ihnen Prof. Dr. Klara Marie Fassbinder, Kirchenpräsident Martin Niemöller, der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Dr. Gustav Heinemann, der Theologieprofessor Hans Joachim Iwand, der Bischof der tschechoslowakischen Kirche Dr. Miroslav Novak, Prof. Dr. Jaroslav Matinic (Prag), Lady Jessie Street (Sydney), das Vorstandsmitglied der sozialistischen Partei Italiens Dr. Lucio Luzzato, die langjährige sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete in Belgien Isabelle Blume, der Theologieprofessor Josef Hromadka (Prag), der Dekan von Canterbury Hewlett Johnson und Prof. John Desmond Bernal (London). Außer dem persönlichen Verteidiger Erwin

⁸⁵ *Arbeit – Freiheit – Frieden*. Aufruf der Kommunistischen Partei in der französischen Zone, Land Baden, vom 13. Januar 1946, Punkt 13, in: Privatarchiv Erwin Eckert.

⁸⁶ Siehe das vom Friedenskomitee der Bundesrepublik herausgegebene *Blaubuch*, Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, Düsseldorf 1958, 2. Auflage, S. 286.

⁸⁷ Über den Prozeßverlauf sowie über die Organisation, Struktur, Tätigkeit und Geschichte des Weltfriedensrates und seines westdeutschen Zweiges, des Friedenskomitees, informiert Heinz Kraschutzki (Hrsg.), *Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Bericht über den Düsseldorfer Prozeß gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1961.

Eckerts Prof. Dr. F. K. Kaul ist der ehemalige Präsident des Gegen-Reichstagsbrandprozesses in London und frühere Labour-Abgeordnete Kronanwalt D.N. Pritt als Verteidiger zugelassen.

Nach 96 Verhandlungstagen wird in dem „bedeutendsten“ politischen Strafprozeß seit Bestehen der Bundesrepublik“ (*Stimme der Gemeinde*) am 8. April 1960 das Urteil verkündet. Die IV. Große Strafkammer des Landgerichts in Düsseldorf spricht die Angeklagten des Vergehens der Rädelsführerschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation schuldig.

Zwanzig Jahre, nachdem Erwin Eckert aus einem nationalsozialistischen Zuchthaus entlassen worden war, in das er wegen seines in der Weimarer Republik begonnenen und unter der faschistischen Herrschaft illegal fortgesetzten Kampfes gegen Faschismus und Krieg gelangt war, wird Eckert von einem Gericht der zweiten westdeutschen Republik wegen seines Kampfes gegen Remilitarisierung, Wiederaufrüstung und Atombewaffnung zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Eine Verfassungsbeschwerde bleibt erfolglos.

Zusammenfassung und Schlußbetrachtung

Mit dieser Arbeit soll nicht allein der pragmatisch-wissenschaftliche Versuch unternommen werden, ein Spezialproblem einer Detailuntersuchung zu unterziehen, sondern vielmehr einen Abschnitt deutscher Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung an Hand eines symptomatischen Lebensweges eines Mannes darzustellen, der sich in den Dienst des Kampfes der Arbeiterklasse für Frieden und Sozialismus gestellt hat.

Daß dieser Lebensweg, bei aller rationalen Akklamation durch die arbeitenden Massen im Einzelnen und in bestimmten Perioden, politisch nicht exemplarisch und wirksam geworden ist, darin liegt gerade das Symptomatische.

Nicht weil Männer Geschichte machen, sondern weil Geschichte, die die Geschichte von Klassenkämpfen ist, sich im Lebensweg eines Menschen widerspiegeln kann, insbesondere, wenn dieser im politischen Kampf gestanden hat, ist der Kampf Erwin Eckerts in den Mittelpunkt gestellt worden.

Ebenso weit von einer bloßen Biographie entfernt wie von einer Schematisierung geschichtlicher Prozesse, in der die Rolle und Funktion des Einzelnen unsichtbar wird, stellt diese Arbeit den vorläufigen Versuch dar, die politische Entwicklung der letzten 50 Jahre in Deutschland an Hand des Lebensweges eines Mannes zu verfolgen, der in diesen 50 Jahren in entscheidenden Perioden jeweils das politisch Notwendige jenseits aller starren organisatorischen und ideologisch unbeweglichen Formen zu sehen und zu verwirklichen bemüht gewesen ist.

Nichts an der politischen Entwicklung, die Eckert in diesen Jahren mitgemacht und durchlaufen hat, ist zufällig. Der besonderen Position Eckerts entspricht jeweils die besondere organisatorische Form des Kampfes. In der Weimarer Republik gehört er zur Bewegung der religiösen Sozialisten, deren Bundesvorsitzender er ab 1926 ist. Nach der Niederlage des Faschismus ist es die antifaschistisch-demokratische Volksfrontbewegung *Das Neue Deutschland* in der französischen Zone, deren geschäftsführender Präsidiumsvorsitzender Eckert ist. Nach der Legalisierung der politischen Parteien in der französischen Zone steht er als Vorsitzender der KPD Südbadens, jedoch weit über den organisatorischen Rahmen der KPD hinaus wirkend, an der Spitze der Bewegung für eine einheitliche sozialistische Partei in Südbaden. Nach dem Scheitern der sozialistischen Einheitsfront und der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist er seit 1950 westdeutscher Vorsitzender des Weltfriedensrates.

Allen Organisationen dieser Bewegungen ist gemeinsam, daß sie sich frei von den bürokratischen Anpassungstendenzen einer Massenpartei mit geschichtlich langer Tradition entfalten.

Für die Kriegs- und Revolutionsperiode 1914 bis 1923 war Eckert zu jung und durch Krieg und Studium zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um sich von den revisionistischen Vorstellungen der Sozialdemokratie zu lösen. 1911 war er als 18-jähriger, dem Beispiel seines Vaters folgend,

in die SPD eingetreten, um danach das Studium der Theologie aufzunehmen. 1914 meldet er sich, unter dem Einfluß des populären Mannheimer Arbeiterführers Ludwig Frank stehend, als Freiwilliger zum Krieg, um, wie er damals glaubte, das Vaterland zu verteidigen und in der Hoffnung, nach dem Krieg die Revolution in Deutschland durchführen zu können. Zunächst noch in dem illusionären Glauben befangen, daß 1918/1919 eine wirkliche Revolution stattgefunden habe, lernt er in den Klassenkämpfen und politischen Auseinandersetzungen zunehmend, daß die Fundamente der alten Gesellschaft nicht beseitigt wurden, sondern daß sie sich zum Kampf gegen die von der Arbeiterbewegung errungene politische Demokratie rüstet.

Eine der geschlossensten Bastionen der Gegenrevolution sind die protestantischen Kirchen, deren genereller soziologischer und ideologischer Standort demjenigen der DNVP entspricht. Die von den protestantischen Kirchen als verbrecherisch und illegal angefeindete Weimarer Demokratie, über die das „Gericht“ des Nationalsozialismus dankbar begrüßt wird, bot jedoch gleichzeitig die Voraussetzung, daß nach der Trennung von „Thron und Altar“ eine Bewegung religiöser Sozialisten entstehen konnte, deren soziale Zusammensetzung wesentlich proletarisch bestimmt war.

Die organisatorische und programmatische Entwicklung des „Bundes der religiösen Sozialisten“, der 1926 als „Arbeitsgemeinschaft“ entsteht, vollzieht sich parallel mit dem Aufstieg Erwin Eckerts zum proletarischen Wortführer des Bundes, der in Theorie und Praxis sich entschieden zum Klassenkampf des Proletariats bekennt und stets an der Spitze der politischen Tageskämpfe und jeweils in vorderster Front gegen die monarchistischen, militaristischen, feudalistischen und kapitalistischen Klassenkampffronten steht.

Der erste Konflikt zwischen den religiösen Sozialisten und den protestantischen Kirchen ergibt sich aus der massiven Parteinarbeit der Kirchen für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925. Eckert wehrt sich gegen den Mißbrauch der Kanzeln für die monarchistische Reaktion. Er demaskiert die Ideologie der politischen Neutralität, unter deren Decke die Kirchen sich offen mit der monarchistischen Reaktion identifizieren, kann sich jedoch nicht für einen der beiden Gegenkandidaten, Marx oder Thälmann, entscheiden.

Auf dem linken Flügel der SPD stehend, kämpft er 1926 als Pfarrer und Sozialist in der Fürstenenteignungskampagne, in der die religiösen Sozialisten an der Seite der beiden Arbeiterparteien ihre erste Bewährungsprobe trotz des massiven Drucks, der von den Kirchen auf sie ausgeübt wird, bestehen und so die Wände des Mißtrauens der Freidenkerorganisation teilweise abbauen können.

Die Periode von 1926 bis 1928 ist gekennzeichnet durch die Konsolidierung des organisatorischen Aufbaus und die Vereinheitlichung der religiös-sozialistischen Zielsetzungen. Dabei ist Eckert sowohl der umsichtige Organisator als auch der überlegene theoretische Kopf der Bewegung. Durch seine fortwährenden und sich steigernden Eingriffe in die gesellschaftliche Praxis, insbesondere seit der Verschärfung der Klassenwidersprüche ab 1929, konkretisieren, rationalisieren und soziologisieren sich seine eigenen Vorstellungen, und es gelingt ihm, sie weitgehend im Bund durchzusetzen.

Bei der im Jahre 1930 verstärkter organisierten antisowjetischen und antikommunistischen Kampagne ergreift er Partei für die sozialistische Sowjetunion im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sich der Notwendigkeit der Abwehr der antikommunistischen und objektiv antisozialistischen Kampagne enthoben zu sein dünkt, und ohne die schematische Übertragung der Methoden der russischen Revolution und ihrer durch die notwendige Nachholung der ursprünglichen Akkumulation unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen entstandenen Methoden des Aufbaus der Sicherung der ersten sozialistischen Republik, wie sie die KPD mit ihrer dogmatisierten Parole „Sowjet-Deutschland“ propagierte, mitzumachen. Eckert konformiert weder hier noch da. Gleichzeitig ist er immer bestrebt, zwischen den sich befehrenden Arbeiterparteien zu

vermitteln, sie vorzubereiten auf die notwendige Einheitsfront der demokratischen Linken gegenüber der kapitalistisch-faschistischen Offensive.

1930, nachdem die ersten Anzeichen der Weltwirtschaftskrise längst spürbar geworden sind, die SPD nach dem großen durch die Einheitsfront in der Fürstenenteignungskampagne bedingten Wahlerfolg beider Arbeiterparteien zur Regierungspartei geworden war und in der Folgezeit durch ihre Politik der großen Koalition und der Tolerierung in dem deutlich werdenden Faschierungsprozeß die Arbeiter und Angestellten ihres Klassenbewußtseins beraubt und dem schleichenden Staatsstreich durch ihre Kontinuität kampfloser Rückzüge Vorschub leistet, die KPD andererseits in automatische Revolutionserwartung sich steigender Wahlerfolge verfällt, ohne die faschistische Gefahr richtig einzuschätzen – zu diesem Zeitpunkt legt Eckert in zahlreichen Massenversammlungen dar, daß es bei der zunehmenden Zuspitzung der Klassenwidersprüche vor allem darauf ankomme, die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats gegen die kapitalistische Offensive herzustellen.

Die Versuche der innerparteilichen linken Opposition in der SPD scheitern jedoch. Im Oktober 1931 wird Eckert wegen seines entschiedenen Kampfes gegen die Politik der Parteiführung aus der Partei ausgeschlossen. Auch in dieser Situation schätzt Eckert die politische Lage richtig ein. Das Schicksal, das er mit der gesamten aus der Partei ausgeschlossenen linken Opposition teilt, verleitet ihn nicht dazu, sich angesichts des drohenden Faschismus der sich bildenden „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ anzuschließen, da sie, statt den Prozeß der Vereinheitlichung des kämpfenden Proletariats zu fördern, eher geeignet ist, die zu schaffende Einheitsfront zu behindern. Eckert geht daher zur KPD, um von dort aus den Kampf um die antifaschistische Aktionseinheit der Arbeiterklasse fortzusetzen, was eine Übernahme der „Sozialfaschismustheorie“ von vornherein ausschloß.

Eckert, der durch sein Kriegserlebnis zu einem energischen Vorkämpfer für den Frieden geworden war, ist 1933 auch zum Bürgerkrieg bereit, ohne andererseits die „romantischen Bürgerkriegsvorstellungen“ der KPD zu teilen. Eckert teilt den Weg des illegalen Widerstandes im „Dritten Reich“ mit all jenen, die sich unter dem Eindruck der Katastrophe der faschistischen Herrschaft entschlossen haben, die Beseitigung des „Dritten Reiches“ und seine Niederlage im Kriege herbeizuführen, damit das deutsche Volk geläutert durch die Erfahrungen der faschistischen Barbarei sich selbst befreie und einen demokratischen Neuaufbau von Grund auf in Angriff nehmen kann. Das Los während dieser 12 Jahre ist identisch mit dem vieler Tausender von Arbeitern und Intellektuellen, die unter Einsatz ihres Lebens, von Haft und Erniedrigung verfolgt, das Erbe des demokratischen, humanistischen Deutschland verteidigen.

Nach der durch die Alliierten herbeigeführten militärischen Niederlage des Faschismus siegt noch einmal das Denken Eckerts in Richtung auf eine geeinte Arbeiterklasse, die die radikal-demokratische Erneuerung Deutschlands durchzusetzen gewillt ist.

An der Spitze des Kampfes um die spontan herzustellende Einheitspartei in Südbaden stehend, unterliegt Eckert am Ende den antikommunistischen und stalinistischen Tendenzen, die sie verhindern. Damit ist die politische Entwicklung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung vorgezeichnet. Nachdem die Weichen für die Spaltung gestellt sind, findet Eckert seinen Aktionsradius in der internationalen Weltfriedensbewegung, deren westdeutscher Vorsitzender er wird.

Das KPD-Verbot aus dem Jahre 1956, das Verbot des Friedenskomitees im Jahre 1959 und der Prozeß und die Verurteilung in Düsseldorf 1960 sind symptomatisch für das bisherige Scheitern der demokratischen Linken in der Bundesrepublik.

Seine Verurteilung ist, wie Eckert in seinem Schlußwort vor dem Düsseldorfer Landgericht sagt, eine Verurteilung der Bundesrepublik. Sie wirft ein symptomatisches Licht auf die Situation der Arbeiterbewegung und die politischen Entwicklungstendenzen, die die Bundesrepublik

in einer ökonomischen Krisensituation erneut an den Rand eines schleichenden Staatsstreiches treiben können.

Staatsexamensarbeit im Fach Wissenschaftliche Politik bei Wolfgang Abendroth, 1967

In: Friedrich-Martin Balzer, *Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus*. „Gegen den Strom“. Mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Rostock, Marburg 1990, S. 31-101.

Vom Pfarrer zum Arbeiterführer. Erwin Eckert 75 Jahre

Am 16. Juni 1968 wird Erwin Eckert 75 Jahre alt. Sein Lebenslauf spiegelt Aufstieg und Krisen der Arbeiterbewegung seit dem Beginn des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts. Schon der Theologiestudent tritt vor dem ersten Weltkrieg der Sozialdemokratie bei, weil er im Gegensatz zu den protestantischen Theologen seiner Zeit den sozialen Auftrag seines Glaubens ernst nimmt.

Zunächst kann er den politischen Auftrag der Arbeiterbewegung nicht erkennen; im Strom der Stimmung von 1914 hält er den ersten Weltkrieg noch für einen Verteidigungskrieg seines Volkes. Erst die politischen Auseinandersetzungen nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und die Kämpfe um die Weimarer Republik haben ihn von der lediglich ethischen Hinneigung zur unterdrückten Klasse zur Einsicht in deren Kampfbedingungen geführt.

Als Pfarrer, der sich nach 1919 der Bewegung der religiösen Sozialisten anschließt und hilft, sie zu organisieren und zu politisieren, führt er den Kampf gegen den Mißbrauch der Kanzel für die Zwecke der Reaktion bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925. Ein Jahr später führt die gegen den Willen des rechten Flügels seiner sozialdemokratischen Parteiführung zustande gekommene Einheitsfront für die Durchsetzung der Fürstenenteignung durch Volksbegehren und Volksentscheid bereits mehrere Schritte weiter. Die Problematik des Klassenkampfes wird ihm bewußt. Von nun an ist er nicht nur innerkirchlich entschiedener Gegner der Identifikation der protestantischen Kirchen mit den Interessen der Restauration, sondern auch einer der Exponenten jenes linken Flügels in seiner Partei, der bewußt und durch marxistisches Denken geschult, die Anpassung der SPD an das Machtgleichgewicht eines kapitalistischen Staates bekämpft, um durch den Klassenkampf für Arbeiterinteressen die Demokratie erhalten und die Wandlung zu einer sozialistischen Gesellschaft erzwingen können.

Die Tolerierung der Brüning-Diktatur durch die SPD führt zum Bruch mit der sozialdemokratischen Partei. Obwohl er an seiner Glaubensbindung festhält, die er niemals preisgegeben hat, findet er den Weg zur KPD, die ihn trotz ihrer atheistischen Prämissen in ihre Reihen aufnimmt. Ihn stört es nicht, daß die Kirche ihn nun sein Pfarramt nimmt. Für ihn war es selbstverständlich nach dem Sieg der Nationalsozialisten, den nun illegalen Widerstandskampf weiterzuführen. 1936 wird er verhaftet und wegen Hochverrats abgeurteilt. Nach 1945 nimmt er nun als Vorsitzender der KPD des Landes Südbaden die Arbeit sofort wieder auf. Er will die Einheit aller antifaschistischen Kräfte bewahren, um eine neue demokratische Ordnung begründen zu helfen, die den friedlichen Weg zur sozialistischen Gesellschaft garantieren soll. Sein Ziel ist die Einheitspartei der Arbeiterklasse und der Sozialisten aller Richtungen, die in Südbaden an der Intervention der Besatzungsmächte und der zentralen SPD-Führung scheitert, während der größte Teil der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer und Arbeiter sie gleichfalls wünscht.

Im Anschluß an jene Politik, die einst die Brüsseler Konferenz der KPD 1935 beabsichtigt hatte, will er die Enge der KPD durch die Umformung aller linken Kräfte in eine sozialistische Volkspartei sprengen. Der Beschluß des Landesvorstands der KPD vom 9. Mai 1948, der Eckerts Vorschlägen folgt, wird durch die Militärregierung zunichte gemacht. Unmittelbar vor der Bundestagswahl 1949 wird er bei der Oberbürgermeisterwahl als Kandidat der KPD nicht nur von den Kommunisten, sondern auch vom linken Flügel der sozialdemokratischen Arbeiter gewählt und kann selbst in dieser Situation der beginnenden Restauration noch 35% der Stimmen auf sich vereinigen. Zweifellos war er neben Max Reimann der populärste Repräsentant der KPD geworden.

Die volle Wiederherstellung der Machtstellung der früher herrschenden Klassen in Westdeutschland führte Eckert für lange Jahre in eine Isolierung, die nur durch die führende Stellung in der Weltfriedensbewegung zum Teil ausgeglichen wurde. Nach dem Verbot seiner Partei folgten auch das Verbot und die strafrechtliche Verfolgung dieser Bewegung, abermals wird er 1960 verurteilt.

Mit den politischen Irrtümern und Fehlern seiner Parteiführung in diesen Jahren war Eckert kaum belastet. Er wußte, daß nach den Entscheidungen, die sich aus dem werdenden Kalten Krieg ergaben, nur noch der vereinte Klassenkampf der Arbeiterklasse, ohne Abenteuer auf der Basis der objektiven Bedingungen geführt, die Hoffnung auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einer demokratischen Republik offenhalten konnte. Nach der Isolierung der KPD in der Periode des ökonomischen Aufschwungs der Bundesrepublik und nach deren Verbot hat er die Illusion nicht geteilt, daß nun der Klassenkampf suspendiert sei und der Kampf für Frieden und Demokratie davon getrennt werden könne.

So bleibt die Frage bestehen, ob sein Konzept einer sozialistischen Volkspartei jenseits aller Parteischranken nicht vielleicht in einer anderen Form in unserer Zeit noch Gewicht hat, in der unmittelbaren Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats die nächste und wichtigste Aufgabe geworden ist.

Erwin Eckert ist noch geistig und körperlich frisch genug, seinen Einsatz fortführen zu können.